



economie
feministe

Frauen, Corona und die
Sorge- und Versorgungsarbeit

Systemrelevant – und nun?

Mit Beiträgen von:

Lena Böllinger

Loreen Errass

Jana Freundt

Anina Häfliger

Lena John

Elisabeth Klatzer

Traude Novy

Anja Peter

Meret Schindler

Lirija Sejdi

Stephanie

Studer-Schwarzenbach

Eine Textsammlung
herausgegeben von
Economiefeministe.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Sind die Frauen die Verliererinnen der Krise?	7
Verschiebungen in der Arbeit und beim Einkommen Jana Freundt und Anja Peter	
Die falsche Angst vor einer Retraditionalisierung	20
Das irreführende Narrativ einer linearen Fortschrittsgeschichte Lena Böllinger	
Männer bestimmen, Frauen bewältigen	24
Feministische Interventionen verhallen ungehört Anja Peter	
Das Gesundheitswesen in der Krise	30
Erfahrungen und Forderungen aus der Pflege und Geburtshilfe Loreen Errass, Anina Häfliger, Meret Schindler, Lirija Sejdi und Stephanie Studer-Schwarzenbach	
Das Risiko daheim	39
Häusliche Gewalt – die Dringlichkeit erkennen Lena John	
Mehr für Care! – Wirtschaften fürs Leben	43
Breites Bündnis fordert feministisches Konjunkturpaket Elisabeth Klatzer und Traude Novy	

Editorial

Am 14. Mai 2020 veröffentlichte die *Swiss National COVID-19 Science Task Force* einen Policy Brief mit dem Titel: «Gender aspects of COVID-19 and pandemic response».¹ In verschiedenster Hinsicht würde die Pandemie Frauen stärker betreffen als Männer. So leisteten Frauen den Grossteil der systemrelevanten wirtschaftlichen Tätigkeiten (im Bereich der Gesundheit und der Lebensmittelversorgung zum Beispiel), sie würden zudem meist auch das Homeschooling übernehmen und dafür bei Beruf und Karriere zurückstecken. Frauen arbeiteten öfter in Berufen, in denen Homeoffice nicht möglich sei, und seien somit einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt und riskierten eher, arbeitslos zu werden. Die Pandemie lasse zudem alte Rollenmuster aufleben, die den Frauen die Hauptlast der Kinderbetreuung und Erziehungsaufgaben zufallen lasse, während die Männer für die Erwerbsarbeit zuständig seien. Besonders schwierig sei aber die Situation für Alleinerziehende – häufig Mütter –, weil in den Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie von der Norm abweichende Familienformen keine Berücksichtigung fänden. Andererseits wies der Bericht ebenfalls darauf hin, dass der Homeoffice-Boom und die verstärkte Präsenz der Väter in den Familien sich auch positiv auf die Gleichstellung auswirken könnte. Aus diesen Gründen empfahlen die Autor*innen daher Frauen bei der Festlegung der Corona-Krisenmassnahmen verstärkt einzubeziehen und die Auswirkungen der politischen Massnahmen geschlechtsspezifisch zu evaluieren.

In der Tat wurden vor allem zu Beginn der Pandemie Fragen zu den Auswirkungen der Pandemie, respektive der Massnahmen, auf Frauen erstaunlich oft in der öffentlichen Debatte thematisiert. Im Fokus standen dabei in erster Linie die Pflegefachpersonen, die mit Extraschichten an vorderster Front gegen das Virus kämpften. Unter dem Stichwort systemrelevant wurde ihnen für kurze Zeit zumindest symbolische Anerkennung für ihre Arbeit gezollt. Das ist kein Zufall, denn die Corona-Krise war zunächst eine Krise der Gesundheit und Gesundheitsversorgung und rückte bis anhin wenig diskutierte Fragen zur Grundversorgung der Menschen durch Pflege, Betreuung, Bildung und Lebensmittelversorgung in den Fokus.

Sorge- und Versorgungswirtschaft

Rund 70 Prozent des gesamten Arbeitsvolumens wird in der Schweiz im Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft geleistet. Im Gesundheitswesen, in Altersheimen, Kitas, Tagesschulen und Schulen, im Detailhandel, in der Gastronomie und zu einem grossen Teil unbezahlt in den Haushalten.² Diese Arbeit ist im Wesentlichen Grundversorgung. Ohne Pflege, Betreuung, Bildung, Reinigung, Essen und Trinken funktioniert keine Gesellschaft. Auch

1 **Swiss National COVID-19 Science Task Force** (2020): Gender Aspects of COVID-19 and Pandemic Response. Publiziert am 14.05.2020: scienctaskforce.ch/wp-content/uploads/2020/10/Gender-aspects-of-COVID19-and-pandemic-response-14-May-20-EN.pdf (Abfrage: 15.03.2022).

2 Die Ökonomin Mascha Madörin hat massgeblich dazu beigetragen, diese Sorge- und Versorgungswirtschaft in ihrer spezifischen Charakteristik zu beschreiben und quantitativ zu erfassen. **Madörin, Mascha** (2009): Zählen was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch, Ulrike (Hg.): *Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum*. Weinheim/Basel. S. 89 ff.

nicht in Krisenzeiten. Diese Arbeit ist zentral für das Leben und bisweilen Überleben der Menschen und ist entscheidend, wenn es um den Lebensstandard und das Wohlergehen von allen geht. Das heisst, auch wenn diese Arbeit nicht bezahlt wird, respektive ungenügend bezahlt wird: Es besteht jederzeit die Notwendigkeit, sie zu leisten.

Die von Covid-19 und den staatlichen Massnahmen ausgelöste gesundheitliche wirtschaftliche Krise betrifft diesen Sektor und die darin Beschäftigten also in besonderer Weise.

Spurensuche

Zwei Jahre später am vermeintlichen Ende der Pandemie und mit einem politischen Fokus auf andere weltpolitische Geschehnisse haben wir uns auf Spurensuche begeben. Welche von den oben beschriebenen Auswirkungen sind tatsächlich eingetroffen? Welche Verschiebungen in Arbeit und Einkommen haben Frauen und Männer unterschiedlich getroffen? Wie wirkten die getroffenen Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf die Geschlechter? Und wurden Frauen tatsächlich in die Entscheidungen über die Ausgestaltung der Krisenmassnahmen einbezogen? Am Anfang unserer Spurensuche stand dabei der Sektor der Sorge- und Versorgungsarbeit und die darin Beschäftigten – mehrheitlich Frauen – und die Frage, ob und wie sie durch die Pandemie und die gesundheits- wie wirtschaftspolitischen Massnahmen berührt waren.

Der vorliegende Reader beinhaltet eine fragmentarische und keineswegs abschliessende Sammlung von feministischen Texten mit unterschiedlichen Zugängen von analytisch bis persönlich und mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, von den Erfahrungen in der Pflege bis hin zum Thema häusliche Gewalt.

Im Beitrag «Sind die Frauen die Verliererinnen der Krise?» beleuchten Jana Freundt und Anja Peter die Auswirkungen der Pandemie und der politischen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf die Arbeit der Frauen. Politische Massnahmen zur Pandemiebekämpfung haben einerseits bestimmte Branchen – in denen vorwiegend Frauen arbeiten – besonders hart, aber sehr unterschiedlich getroffen, andererseits hat insbesondere die Ausweitung der Kurzarbeit im Jahr 2020 viele negative Folgen abgedeckt. Gleichzeitig haben Schutzmassnahmen während der Pandemie zu einer Zunahme an unbezahlter Arbeit – insbesondere in Familien – geführt. In diesem Artikel werden diese Auswirkungen zusammen diskutiert und mit möglichen gesellschaftlichen Folgen wie einer Zunahme der Einkommensungleichheit in Verbindung gebracht.

Lena Böllinger beschäftigt sich im Beitrag «Die falsche Angst vor einer Retraditionalisierung» mit der im Zusammenhang der Analyse der Folgen der Pandemie vielgehörten Retraditionalisierungsthese: Die Gleichstellungsfortschritte seien bedroht und wir seien mit Rollenvorstellungen der Generation unserer Grosseltern konfrontiert. Die Autorin hingegen führt – entlang einer historischen und aktuellen Analyse der Bedingungen für die Sorgearbeit – an die Art der Ausbeutung heran, mit der Frauen heute konfrontiert sind. Der eigentliche Skandal bestehe nicht darin, dass Frauen mehr Sorgearbeit leisten als Männer; sondern darin, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse Sorgende in körperliche und psychische Erschöpfungszustände treiben, sie prekarisieren und ihnen ein Leben in Altersarmut in Aussicht stellen.

Grosse Teile der Schweizer Bevölkerung erlebten zum ersten Mal überhaupt ein derartiges Krisenmanagement und so offensichtliche staatliche Eingriffe in sämtliche Bereiche des Lebens. Von Anfang an wiesen Politikerinnen, Fachpersonen, Frauenorganisationen und Aktivistinnen darauf hin, dass die Berücksichtigung von Geschlechteraspekten und die Mitbestimmung von Frauen in der Krisenorganisation kein «nice to have», sondern für die bessere Bewältigung der Krisensituation überhaupt zentral sei. Schliesslich seien es in erster Linie Frauen, die mit ihrer Arbeit im Gesundheitswesen, in der Bildung und Betreuung, und im Detailhandel die Grundversorgung der Bevölkerung auch während der Krise aufrechterhielten und demnach Expertinnen seien. Anja Peter geht in ihrem Beitrag den politischen und fachlichen Interventionen von Politikerinnen, Fachgremien und Frauenorganisationen nach und stellt fest, dass sie in den Krisenbewältigungsorganen und Entscheidungsstrukturen weitgehend ungehört verhalten.

Die fünf Autorinnen des Beitrags «Das Gesundheitswesen in der Krise» Loreen Errass, Anina Häfliger, Meret Schindler, Lirija Sejdi und Stephanie Studer-Schwarzenbach bringen jahrelange Berufserfahrung im Bereich Pflege und Geburtshilfe mit. Konsequenter betten sie Zitate von Gesundheitsfachpersonen in eine Analyse der gegenwärtigen Bedingungen im Gesundheitswesen ein und legen schonungslos die wunden Punkte des schweizerischen Gesundheitssystems offen. Sie skizzieren mögliche Auswege und formulieren, was es denn eigentlich brauchen würde für eine gute Gesundheitsversorgung mit guten Arbeitsbedingungen.

Während das Zuhause für viele ein Ort der Geborgenheit und Sicherheit darstellt, trifft dies auf Betroffene von häuslicher Gewalt gerade nicht zu. Das erhöhte Risiko während der Pandemie, die eingeschränkten sozialen Kontakte und die Distanzregelungen stellten sowohl die Betroffenen wie auch die Frauenhäuser und ambulante Beratungsdienste vor grosse Herausforderungen. Die Generalsekretärin der Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein (DAO) Lena John erfasst Herausforderungen, Lücken und dringende Massnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Krisenzeiten und darüber hinaus in ihrem Beitrag «Das Risiko daheim».

Traude Novy und Elisabeth Klatzer von der österreichischen Initiative «Mehr für Care!» präsentieren mit einem feministischen Konjunkturpaket eine ganze Reihe konkreter Forderungen: mehr Investitionen in Kindergärten und Schulen, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld für Pflege- und Gesundheitspersonal, Ausbau des Kassenärztesystems, Gewaltschutz, Ausbau psychosozialer Beratung, Erhöhung des Arbeitslosengeldes, direkte Zahlungen für alle Kinder. Zusammengefasst: mehr Zeit und mehr Geld für Care-Arbeit, mehr Wertschätzung und vor allem mehr staatliche Investitionen in die unterschiedlichen Care-Sektoren. Das würde erstens unzählige Jobs schaffen und viel wichtiger noch, die Arbeit ins Zentrum stellen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das gute Leben zentral ist.

Sind die Frauen die Verliererinnen der Krise?

Verschiebungen in der Arbeit und beim Einkommen

International und teilweise auch national wurde die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern gegenüber den wirtschaftlichen Auswirkungen der durch Covid-19 ausgelösten Krise betont. Heute liegen dazu erste Untersuchungen vor. Unter dem Gesichtspunkt der geschlechtsspezifischen Effekte staatlicher Massnahmen wird rückwirkend festgestellt, dass die Krise und die Folgen der Krise nicht neue Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen geschaffen, aber bestehende tendenziell verstärkt und den Handlungsbedarf in neuer Dringlichkeit aufgezeigt hätten.¹ Hinzu kommt, dass jener Bereich der Arbeit – die Sorge- und Versorgungswirtschaft² –, der für die Krisenbewältigung zentral war und in dem Frauen den Hauptteil der Arbeit leisten, bereits vor der Krise knapp an finanziellen und personellen Ressourcen war. Diese Knappheit hat sich in der Krise verstärkt. Der Beitrag skizziert eine feministische Perspektive auf die Auswirkungen der durch Covid-19 und die getroffenen Massnahmen ausgelösten Krise auf und Folgen für Frauen in Zusammenhang mit ihrer Arbeit in der Sorge- und Versorgungswirtschaft.

Neue Elemente einer Krise

In internationalen Zusammenhängen bei Diskussionen und Studien rund um die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der durch Covid-19 ausgelösten Wirtschaftskrise fällt häufig der Begriff «she-cession».³ Ein Wortspiel, das darauf anspielt, dass in vielen Ländern Frauen in dieser Krise besonders stark betroffen waren und sind. Unterscheidet sich diese Krise in ihren Auswirkungen auf die Geschlechter also von anderen Krisen? Worin liegen die Unterschiede?

Sektoren und Branchen, in denen vorwiegend Männer arbeiten, wie die Industrie, der Bau, oder die Produktion sind in stärkerem Ausmass Konjunkturzyklen und weltwirtschaftlichen Schwankungen in Angebot und Nachfrage unterworfen. Daher waren in Rezessionen und Krisen in den vergangenen Jahren «Männerbranchen» auf den ersten Blick stärker und direkter von Wirtschaftskrisen betroffen als Branchen, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind. Bei der Betrachtung der längerfristigen Folgen einer Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung zeigen Untersuchungen jedoch genau das Gegenteil: Frauen waren langfristig jeweils stärker und nachhaltiger betroffen.⁴ Insbesondere die Kürzung öffentlicher Budgets als eine der Folgen von Wirtschaftskrisen treffen Frauen, weil sie sehr viel häufiger in Bereichen arbeiten, die staatlich finanziert sind: im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Erziehung und im Bildungsbereich und in der öffentlichen

1 Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) (2022) (Hg.): Stutz, Heidi / Bischof, Severin / Liechti, Lena: Genderspezifische Effekte der staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus Covid-19. Schlussbericht. Bern.

2 Unter Sorge- und Versorgungsarbeit verstehen wir alle personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen, also alle unbezahlten und bezahlten Tätigkeiten rund um die direkte Sorge für und die Versorgung von Menschen. Vgl. **Economiefeministe:** Sorge- und Versorgungswirtschaft: Der vierte und grösste Wirtschaftssektor. Publiziert ohne Datum: economiefeministe.ch/themen/sorge-und-versorgungswirtschaft/ (Abfrage: 18.07.2022).

3 Der Begriff taucht bereits im ersten Halbjahr 2020 auf, als Zitat von **C. Nicole Mason** der Leiterin des Institute for Women's Policy Research (IWPR) und wird danach im Kontext verschiedener Studien verwendet. Vgl. **Audrey Andrews** (2020): The Coronavirus Recession is a «She-cession». Publiziert am 15.05.2020: iwpr.org/media/press-hits/the-coronavirus-recession-is-a-she-cession/ (Abfrage: 18.08.2022). Im Verlauf der Pandemie und der Forschung über die Auswirkungen auf Arbeit und Einkommen der Frauen wird der Begriff auch manchmal abgewandelt in «Mom-cession». Vgl. **OECD Policy Responses to Coronavirus** (2021): Caregiving in Crisis: Gender inequality in paid and unpaid work during COVID-19. Publiziert am 13.12.2021: oecd.org/coronavirus/policy-responses/caregiving-in-crisis-gender-inequality-in-paid-and-unpaid-work-during-covid-19-3555d164/ (Abfrage: 18.08.2022).

4 Diese Phase einer Krise ist häufig weniger gut dokumentiert, es mangelt an vergleichbaren Daten: Die längerfristigen Auswirkungen von Krisen auf Frauen werden daher eher unterbewertet. Vgl.

Verwaltung. Feministische Ökonominen belegten zudem als Folge öffentlicher Austeritätspolitik die Substitution von bezahlter Arbeit durch unbezahlte Arbeit.⁵ Beim Abbau öffentlicher Dienstleistungen übernehmen Frauen in unbezahlter Arbeit diese Aufgaben zusätzlich zu oder mit Reduktion ihrer Erwerbsarbeitszeit. Der Konjunkturunbruch, ausgelöst durch die staatlichen Massnahmen zur Eindämmung von Covid-19, brachte nun aber von Anfang an neue Elemente einer Krise hervor, die Frauen und ihre Arbeit viel ausgeprägter betrafen und betreffen, was in engem Zusammenhang mit ihrer Beschäftigung im Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft steht. Die Pandemie-Massnahmen zur Einschränkung des Infektionsgeschehens haben Beschäftigungseinbrüche oder Umbrüche in anderen Branchen herbeigeführt, als es üblicherweise am Anfang einer Krisensituation zu beobachten ist: Das Gesundheitswesen, die Gastronomie, die Kulturbranche, der Detailhandel, der Bildungsbereich, die Kinderbetreuung, die Beschäftigung in Privathaushalten und die unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit waren unter anderem stark betroffen – wenn auch jeweils auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Das sind alles Bereiche, in denen Frauen das grössere Arbeitsvolumen leisten und die Mehrzahl der Beschäftigten ausmachen.

Eine feministisch-makroökonomische Perspektive

Mascha Madörin hat den Sorge- und Versorgungssektor als Teil eines Vier-Sektoren-Modells⁶ für die Schweiz quantifiziert und qualitativ beschrieben.⁷ Dieser vierte Wirtschaftssektor, definiert durch seine eigene (nicht wertschöpfungsstarke) ökonomische Logik, umfasst unter anderem die Gastronomie, den Detailhandel, das Bildungs-, Sozial- und das Gesundheitswesen, und die unbezahlte Haus- und Familienarbeit. Also alle personenbezogene und haushaltsnahe und damit alle unbezahlte und bezahlte Arbeit rund um die Sorge *für* und die Versorgung *von* Menschen.⁸ In Stunden gerechnet, handelt es sich dabei um rund 70 Prozent des insgesamt in der Schweiz geleisteten Arbeitsvolumens. Aus feministischer Sicht ist diese Perspektive unter anderem so zentral, weil Frauen über 80 Prozent ihrer Arbeitszeit in diesem Sektor verbringen⁹ – bezahlt, meist schlecht bezahlt, und häufig unbezahlt. Und deshalb relevant, wenn wir die Folgen der Pandemie, respektive der getroffenen Massnahmen, für Frauen abschätzen wollen.¹⁰

«Systemrelevanz» und «Social Distancing»

Die durch Covid-19 ausgelöste Krise war zuerst einmal eine Krise der Gesundheit, ausgelöst durch ein Virus, das sich über Kontakt unter Menschen verbreitet. So war zu Beginn der Pandemie die Frage wichtig, ob eine Branche als systemrelevant, das heisst für die Grundversorgung der Bevölkerung als zentral eingestuft wurde und deshalb nicht in einen Lockdown geschickt

Europäisches Parlament (2013): Bericht über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Rechte von Frauen, Bericht, Strasbourg. Publiziert am 28.02.2013: europarl.europa.eu/doceo/document/A-7-2013-0048_DE.html (Abfrage: 16.05.2022) oder

Rosa Luxemburgstiftung (2018): Wenn der Gürtel nicht mehr enger geht. Austeritätspolitik in Europa und ihr Einfluss auf das Leben von Frauen. Eine Spurensuche in den Ländern des Kontinents. Publiziert am 30.08.2018: rosalux.de/news/id/38912 (Abfrage: 18.07.2022).

5 Zum Beispiel **van Staveren, Irene** (2010): *Feminist Economics. Setting out the Parameters*. In: Bauhardt, Christine / Caglar, Gülay (Hg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden.

Elson, Diane (2017): *A Gender-equitable Macroeconomic Framework for Europe*. In: Bargawi, Hannah / Cozzi, Giovanni / Himmelweit, Susan (Hg.): *Economics and Austerity in Europe*. New York.

6 Nach gängigem 3-Sektoren-Modell gibt es einen primären Wirtschaftssektor (Rohstoffgewinnung, zum Beispiel die Forst- oder Landwirtschaft), einen sekundären Sektor (Rohstoffverarbeitung, zum Beispiel die Industrie oder das Baugewerbe) und einen tertiären Sektor (Dienstleistungen, zum Beispiel der Handel oder das Gastgewerbe). An diesem Drei-Sektoren-Modell werden verschiedene Gesichtspunkte als ungenügend betrachtet: So gibt es etwa Modelle, welche den Dienstleistungssektor differenzieren und einen eigenen Informations-Sektor abgrenzen.

7 **Madörin, Mascha** (2009): Zählen was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch, Ulrike (Hg.): *Ökonomie des Versorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum*. Weinheim/Basel. S. 106 ff.

8 Andere Initiativen und/oder Wissenschaftler*innen verwenden etwa die Begriffe «Economics of Care», «Reproduktion», «Social Provisioning»,

werden konnte. In Bereichen, die als nicht systemrelevant galten, wurde die Beschäftigung zur Eindämmung der Kontakte unter den Menschen ganz oder partiell eingestellt. Dies betraf die Gastronomie, den Kulturbereich und grosse Teile des Detailhandels (alles ausser Lebensmittelhandel). Also Branchen mit einem hohen Frauenanteil unter den Beschäftigten. Den deutlichsten Rückgang des jährlichen Arbeitsvolumens verzeichnete im Jahr 2020 mit -29 Prozent das Gastgewerbe. Dies ist zurückzuführen auf eine Abnahme sowohl der Zahl der Arbeitsstellen (-9,3 Prozent) als auch der tatsächlichen Jahresarbeitszeit pro Arbeitsstelle (-21,8 Prozent). Dahinter folgen die Branchen «Kunst, Unterhaltung, private Haushalte, sonstige Dienstleistungen» mit einer Abnahme des Arbeitsvolumens von -13,6 Prozent (Abnahme Anzahl Arbeitsstelle: -3,5 Prozent; Abnahme tatsächliche Jahresarbeitszeit: -10,4 Prozent). Erst an dritter Stelle stehen mit den Branchen «Verkehr und Lagerei» männerdominierte Bereiche.¹¹ Trotz der staatlichen Finanzhilfen ist das Gastgewerbe bis heute die Branche mit dem stärksten Rückgang der vertraglichen Beschäftigung. Und diese trifft Frauen etwas häufiger als Männer.¹²

Weiter wurden sogenannte «Social Distancing»-Massnahmen zur Eindämmung möglicher Virusübertragung zwischen den Menschen verfügt. Dazu gehörte zum Beispiel die Pflicht zur Heimarbeit oder Kontaktbeschränkungen, die u.a. eine Einschränkung der Enkelkindbetreuung durch Grosseltern zur Folge hatten. Auch die Schulschliessungen im März 2020 fielen unter diese Massnahmen. Eltern, die nicht in systemrelevanten Berufen tätig waren, mussten in der Folge im Homeoffice gleichzeitig Kinder betreuen und darüber hinaus Verantwortung für den Fernunterricht übernehmen. Begleitet wurden die gesundheitspolitischen Massnahmen durch wirtschaftspolitische, welche die Auswirkungen der wirtschaftlichen Folgen dieser Massnahmen abmildern sollten.

Das Mittel der Kurzarbeit wurde eingesetzt, um Entlassungswellen zu verhindern und Arbeitsplätze über die Krise hinaus zu erhalten und überdies die Einkommen der Menschen zu sichern. Etwas verzögert und doch relativ unbürokratisch wurde zudem ein sogenannter Covid-Erwerbsersatz geschaffen, um das Einkommen von Personen, die von der Kurzarbeitsentschädigung ausgeschlossen blieben, abzusichern. Verschiedene Arten von staatlichen Krediten an die Privatwirtschaft verfolgten ebenfalls das Ziel, die Beschäftigung zu sichern und die Schliessung von Betrieben zu verhindern. Eine Form davon waren die sogenannten bereichsspezifischen Hilfspakete, von denen beispielsweise die Luftfahrt und der Spitzensport profitierten.¹³

Jobs an der «Front»

Während nicht systemrelevante Branchen heruntergefahren wurden, stieg in Bereichen, die als systemrelevant eingestuft wurden, sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitsbelastung und die Arbeitsverdichtung.¹⁴ Allen voran im Gesundheitswesen. Für Pflegefachpersonen wurden während der Krise kurzerhand die geltenden Regelungen betreffend Arbeits- und Ruhezeiten

«Care- oder Reproduktionsökonomie», «Vorsorgendes Wirtschaften», «Ökonomie des Vorsorgens» oder eben «Sorge- und Versorgungswirtschaft».

- 9 Madörin, Mascha** (2009): Zählen was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch, Ulrike (Hg.): Ökonomie des Vorsorgens. Feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum. Weinheim/Basel. S. 108.
- 10** Leider folgen die offiziellen Statistiken nicht dieser Perspektive, weshalb wir die einzelnen Puzzleteile bestmöglich aber sicher nicht vollständig zusammenfügen mussten. Für eine detaillierte Analyse bräuchten wir mehr Daten, zum Beispiel im Bereich der unbezahlten Arbeit.
- 11 Bundesamt für Statistik** (2021): 2020 wurden deutlich weniger Arbeitsstunden geleistet. Medienmitteilung vom 18.05.2021: dam-api.bfs.admin.ch/hub/api/dam/assets/17124435/master (Abfrage: 18.07.2022).
- 12 Bundesamt für Statistik** (2022): Beschäftigungsstatistik (BESTA): Beschäftigte nach Vollzeitäquivalente und Wirtschaftsabschnitten. BFS-Nr. je-d-06.02.00.01.01. Publiziert am 30.05.2022.
- 13 Eidgenössische Finanzverwaltung** (2022): Covid-19: Auswirkungen auf die Bundesfinanzen. Publiziert am 16.06.2022: efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/brennpunkt/covid19.html#642122964 (Abfrage: 13.07.2022).
- 14** Gewachsen ist die Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialwesen, wie auch für die Bereiche Erziehung und Unterricht. **Bundesamt für Statistik** (2022): Beschäftigungsstatistik (BESTA): Beschäftigte nach Vollzeitäquivalente und Wirtschaftsabschnitten. BFS-Nr. je-d-06.02.00.01.01. Publiziert am 30.05.2022.

ausgesetzt. Durch den Anstieg des Behandlungsvolumens bei gleichzeitiger Personalknappheit und die Zunahme des Aufwandes in der Pflege, ausgelöst durch die «Social Distancing»-Vorgaben, stieg die Arbeitsbelastung enorm an. Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie war die Personalsituation in vielen Gesundheitseinrichtungen prekär. Durch Krankheitsausfälle, Quarantänen und die Zunahme von Ausstiegen aus dem Beruf verschärfte sich diese Situation (vgl. Beitrag «Gesundheitswesen in der Krise», S.30). In der ambulanten Pflege kam es zu Lücken in der Betreuung, die häufig von Angehörigen aufgefangen wurden. Wichtige Routinen, wie ein täglicher Spaziergang oder der Schwatz in der Nachbarschaft, fielen für ältere Menschen aus. Spitex-Mitarbeiterinnen beobachteten verstärkt psychische Reaktionen auf die Anweisungen, zu Hause zu bleiben, welche wiederum zu einer Arbeitsverdichtung der ambulanten Pflegepersonen führte.¹⁵

Aber nicht nur im Gesundheitswesen verdichtete sich die Arbeit. Betroffen war auch die Kinderbetreuung, Teile der Reinigung, der Lebensmittelhandel und die Bildung. So mussten Lehrpersonen von einem Tag auf den anderen auf Fernunterricht umstellen und dabei möglichst sicherstellen, dass kein Schulkind den Anschluss verpasst.¹⁶ Auch die Wiedereröffnung der Schulen und des normalen Betreuungsangebots in Kitas war für diese Institutionen mit erheblicher Mehrarbeit verbunden, da gestaffelte Betreuung, teilweise gestaffelter Unterricht und die Umsetzung der Schutz- und Distanzmassnahmen umgesetzt werden mussten. Kinderbetreuungspersonen leisteten Mehraufwand in der Reinigung und bei der regelmässigen Desinfektion von Gebrauchsgegenständen und Spielzeug.

In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, dass Frauen in der Schweiz (wie in den meisten Ländern) eine höhere Wahrscheinlichkeit hatten, sich am Arbeitsplatz mit Covid-19 anzustecken als Männer.¹⁷ In der Schweiz war der Unterschied zwischen Männern und Frauen zwar weniger ausgeprägt als beispielsweise in Deutschland, aber die Ansteckungsgefahr für Frauen am Arbeitsplatz war in der Schweiz im Vergleich zum Rest von Europa relativ hoch.

Auf die Jobs an der «Front» – auf sorgende und versorgende Tätigkeiten – konnte nicht verzichtet werden. Sie gehören zur Grundversorgung der Menschen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass (enger) Kontakt zu Menschen Teil der Arbeit ist und sie nicht im Homeoffice erledigt werden können.

Beschäftigte in Privathaushalten fallen durch die Netze

Wenig beachtet und dokumentiert ist der Wegfall von Jobs in den Privathaushalten. Die FORS Covid-19 Surveys berichten von Mehrbelastung von pflegenden Angehörigen und Müttern in Zusammenhang mit dem Wegfall von Dienstleistungen wie Haushalts- und Putzhilfen.¹⁸ Da Arbeit im Privathaushalt nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt ist, wird sie nicht im Rahmen

15 Raos, Bernard (2020): Das Heim muss warten. In: Beobachter. Publiziert am 18.12.2020: beobachter.ch/gesellschaft/alters-und-pflegeheime-in-der-corona-falle-das-heim-muss-warten (Abfrage: 18.08.2022).

16 Diverse Befragungen und Studien belegen einen deutlichen Mehraufwand für Lehrpersonen während der Corona-Pandemie. Zum Beispiel: **VPOD-Umfrage** Lehrpersonen Dezember 2020: im Dauersprint durch die zweite Welle: vpod.ch/themen/bildung/vpod-umfrage-beiden-lehrpersonen (Abfrage 20.6.2022), oder **Garrote, Ariana et al.** (2021): Fernunterricht während der Coronavirus-Pandemie. Analyse von Herausforderungen und Gelingensbedingungen. Im Auftrag: Departement für Bildung, Kultur und Sport Kanton Aargau, Amt für Volksschule Kanton Basel-Landschaft, Volksschulleitung Kanton Basel-Stadt und Volksschulamt Kanton Solothurn. Publiziert am 31.01.2021: fnnw.ch/de/forschung-und-dienstleistungen/paedagogik/institut-forschung-und-entwicklung/zentrum-lernen-und-sozialisation/fernunterricht-2020-lernen-waehrend-der-coronavirus-pandemie/schlussbericht-fernunterricht_garroteetal_2021.pdf (Abfrage: 10.08.2022).

17 Lewandowski, Piotr / Lipowska, Katarzyna / Magda, Iga (2021): The Gender Dimension of Occupational Exposure to Contagion in Europe. In: *Feminist Economics*, Vol. 27 (1–2), S. 48–65. Publiziert am 01.03.2021: doi.org/10.1080/13545701.2021.1880016 (Abfrage: 10.8.2022).

18 Steinmetz, Stephanie / Monsch Gian-Andrea (2020): Vereinbarkeit von Familie und Beruf während des Lockdowns. Publiziert am 29.10.2020: defacto.expert/2020/10/29/vereinbarkeit-von-familie-und-beruf-waehrend-des-lockdowns (Abfrage: 10.8.2022).

der gängigen Statistik zu Beschäftigung und Arbeitsvolumen erfasst. Inwieweit die eigentlich häufig geltende Lohnfortzahlungspflicht eingehalten wurde, kann nicht nachvollzogen werden.¹⁹ Es ist davon auszugehen, dass dieser Anspruch entweder nicht bekannt oder aus Angst der Hausangestellten nicht eingefordert wurde. Weltweit wiesen Hausangestellten-Gewerkschaften und -Verbände auf die prekäre Situation ihrer Mitglieder hin: Einkommensausfälle, fehlende soziale Absicherung, häufig kombiniert mit unklarem bis illegalem Aufenthaltsstatus, liessen diese Menschen – zu über 80 Prozent Frauen – durch die Netze der Krisenbewältigung fallen.

Gesamthft weniger Arbeit für Männer?

Zusätzliche Haus- und Betreuungsarbeit, nicht als Folge von Austeritätspolitik in Folge einer Krise wie eingangs beschrieben, sondern in der direkten Folge der Massnahmen zur Einschränkung des Infektionsgeschehens, ist eine weitere «Einzigartigkeit» der durch Covid-19 ausgelösten Wirtschaftskrise. Durch die andauernde Pandemie und die politischen Massnahmen zur Eindämmung der Infektionen entstand unmittelbar zusätzliche unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit – insbesondere während des Lockdowns im Frühjahr 2020. Wenn wir das gesamte Arbeitsvolumen im Jahr 2020 betrachten (bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen), dann ist trotz des massiven Rückgangs des bezahlten Arbeitsvolumens die Arbeitsbelastung für Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter gesamthft hoch geblieben. Das hängt damit zusammen, dass im Vergleich zur vorpandemischen Situation – allerdings beziehen sich die Vergleichswerte auf das Jahr 2016 – der Aufwand für *unbezahlte* Arbeit für Frauen und Männer gestiegen ist.²⁰ Der Abstand zwischen den Geschlechtern hat sich im Jahr 2020 aber insgesamt nicht verringert. Gleichzeitig ist der zeitliche Aufwand für *Erwerbsarbeit* im Jahr 2020 für beide Geschlechter gesunken. Dadurch hat sich die gesamte Arbeitsbelastung der Frauen nicht verändert, für Männer ist sie durch die stärkere Abnahme der tatsächlichen wöchentlichen Erwerbsarbeitszeit sogar etwas gesunken.²¹

Betrachten wir nun gesondert Mütter und Väter in Paarhaushalten mit Kindern zwischen 0 und 14 Jahren, zeigt sich folgendes Bild: Der zeitliche Aufwand für Haus- und Familienarbeit ist für Väter gestiegen, für Mütter etwas gesunken. Allerdings gilt das nicht, wenn wir nur die direkte Betreuungsarbeit für Kinder anschauen. Das Volumen dieser Arbeit hat für Mütter stärker zugenommen als für Väter. Der zeitliche Aufwand für Erwerbsarbeit hingegen, ist für Mütter gestiegen und für Väter gesunken. Die gesamte Arbeitsbelastung für Mütter blieb damit unverändert, für Väter ist sie leicht gesunken.²² Sie haben den Wegfall von Erwerbsarbeit im Jahr 2020 nicht vollständig mit Mehraufwand in der unbezahlten Arbeit kompensiert. Auch diese Resultate lassen einen Zusammenhang vermuten mit der Beschäftigung von Frauen, insbesondere von Müttern, in Bereichen der Arbeit, die durch die Pandemie nicht heruntergefahren wurden.

19 SRF News (2020): Putzhilfen in Corona-Zeiten. Publiziert am 03.04.2020: [srf.ch/news/schweiz/putzhilfen-in-corona-zeiten-meist-haben-sie-einen-lohnanspruch](https://www.srf.ch/news/schweiz/putzhilfen-in-corona-zeiten-meist-haben-sie-einen-lohnanspruch) (Abfrage: 10.8.2022).

20 Zu beachten ist, dass die Erhebung zur unbezahlten Arbeit nur alle drei bis vier Jahre stattfindet. Zufälligerweise fiel die jüngste Erhebung im Jahr 2020 mit dem Ausbruch von Covid-19 zusammen. Vergleichen können wir die Veränderung jedoch nur mit dem Jahr 2016, der letzten Erhebung zur unbezahlten Arbeit. Für ein genaues Bild wären zusätzliche Erhebungen, oder die genauere Auswertung von vorliegenden Daten durch das Bundesamt für Statistik notwendig.

21 Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE (2021): Unbezahlte Arbeit: Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit und Freiwilligenarbeit nach Geschlecht und Familiensituation, Jahreswerte 2016 und 2020. BFS-Nr. je-d-03.06.00.01. Publiziert am 20.05.2021.

22 Ebd.

Ungleiche Arbeitslosigkeit?

Es zeigte sich also ein sehr heterogenes Bild in Bezug auf die Entwicklung von Beschäftigung, Arbeitsvolumen und Arbeitsbelastung von Frauen während der Krise. Auf den ersten Blick zeichnete sich keine erhöhte Arbeitslosigkeit von Frauen gegenüber Männern ab. Dieser Befund steht in Kontrast zu einigen anderen Ländern, in denen diese Entwicklung von Anfang an sehr ausgeprägt war. Es ist naheliegend, dass dies damit zusammenhängt, dass es in der Schweiz in vielen Fällen die Möglichkeit gab, Kurzarbeit zu beantragen. Tatsächlich kommt eine Studie von Dubois, Lambertini und Wu zum Schluss, dass Frauen häufiger Kurzarbeitsentschädigung bezogen als Männer.²³ Laut Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen bestätigt die Personenbefragung der SAKE diesen Befund: In fast allen Branchen war im Jahr 2020 ein grösserer Anteil erwerbstätiger Frauen in Kurzarbeit.²⁴ Aber auch hier finden wir ein heterogenes Bild: Kurzarbeit war in den für Frauen wichtigen Branchen ganz unterschiedlich verbreitet. Im Gesundheits- und Sozialwesen wie auch in den Branchen Erziehung und Unterricht wurde selten Kurzarbeit beantragt. In Branchen mit sogenannt tiefer qualifizierten Arbeitnehmerinnen, am häufigsten im Gastgewerbe, bei den persönlichen Dienstleistungen (darunter fallen etwa Friseursalons) und im Non-Food-Bereich des Detailhandels hingegen, war Kurzarbeit zeitweise stark verbreitet.

Der Befund zur Arbeitslosigkeit relativiert sich allerdings, wenn wir die Erwerbslosenquote betrachten: In der Schweiz werden nur Personen als arbeitslos erfasst, die bei einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldet sind. Durch das Mittel der Kurzarbeitsentschädigung gab es gesamthaft wenig Neueintritte in die Arbeitslosenversicherung. Betrachten wir die Erwerbslosenquote gemäss Definition der ILO,²⁵ zeigt sich hingegen eine erhöhte Erwerbslosigkeit von Frauen gegenüber Männern. Insbesondere in der zweiten – und stärksten – Phase der Pandemie war dieser Effekt zu beobachten. Dass sich dieser nicht in der Arbeitslosenstatistik widerspiegelt, hängt vermutlich damit zusammen, dass Frauen häufiger vom Wegfallen von unregelmässigen, im Stundenlohn bezahlten Jobs betroffen waren und, dass sich Mütter in dieser Zeit wegen zusätzlicher Betreuungsaufgaben nicht beim RAV anmeldeten, weil sie dafür dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssten.²⁶

Junge Frauen waren überdurchschnittlich häufig betroffen: Im Jahr 2020 verzeichnete die Gruppe der Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren im Vergleich zum Jahr davor den grössten Anstieg der Erwerbslosenquote.²⁷ In der Gruppe der 25- bis 49-jährigen Frauen, also in jener Altersspanne, in der häufig kleine Kinder zu betreuen sind, zeigte sich durchgehend ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber Männern in der gleichen Altersgruppe.²⁸ Ein relativ ausgeprägter Geschlechterunterschied tritt ebenfalls bei einem Vergleich unter Berücksichtigung des Ausbildungsniveaus zutage: Insbesondere die Erwerbslosenquote von Frauen mit tiefer Qualifikation stieg stärker an als jene der Männer mit dem gleichen Qualifikationsniveau.²⁹

23 Die Autor*innen der Studie haben Daten des Swiss Labour Force Survey des Bundesamtes für Statistik ausgewertet, dessen Stichprobe repräsentativ für die gesamte Schweizer Bevölkerung ist. **Dubois, Corinne / Lambertini, Luisa / Wu, Yu** (2021): Gender Effects of the Covid-19 Pandemic in the Swiss Labor Market. Publiziert am 18.10.2021: icea-net.org/wp-content/uploads/2021/11/Dubois.pdf (Abfrage 31.05.2022).

24 **Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF)** (2022) (Hg.): Stutz, Heidi / Bischof, Severin / Liechti, Lena: Genderspezifische Effekte der staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus Covid-19. Schlussbericht. Bern. S.34.

25 Diese wird vom BFS berechnet und folgt der OECD und EUROSTAT und berechnet die Anzahl Erwerbsloser relativ zu allen Erwerbspersonen in der Wohnbevölkerung, was auch nicht bei einem RAV gemeldete Personen einschliesst. Vgl. **SECO – Staatssekretariat für Wirtschaft** (2021): Statistiken zur Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit. Publiziert am 26.10.2021: seco.admin.ch/seco/en/home/wirtschaftslage---wirtschaftspolitik/Wirtschaftslage/Arbeitslosenzahlen.html (Abfrage 10.8.2022).

26 **Bundesamt für Statistik** (2022): Erwerbslosenstatistik gemäss ILO: Erwerbslose gemäss ILO nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen, brutto- und saisonbereinigte Werte. Durchschnittliche Monats-, Quartals- und Jahreswerte. BFS-Nr. je-d-03.03.01.01. Publiziert am 02.06.2022. Ausführlicher dazu: **Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF)** (2022) (Hg.): Stutz, Heidi / Bischof, Severin / Liechti, Lena: Genderspezifische Effekte der staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus Covid-19. Schlussbericht. Bern. S.45–50.

27 **Bundesamt für Statistik** (2021): Indikatoren der Gleichstellung von Mann und Frau 1/21. Publiziert am 04.03.2021: bfs.admin.ch/news/de/2021-0163 (Abfrage: 15.6.2022).

Insofern beobachteten wir also auch in der Schweiz durchaus den Effekt einer «she-cession». Diese ist umso ausgeprägter, wenn zusätzlich weitere Kriterien wie das Ausbildungsniveau, das Alter und die Familiensituation sowie das Haushaltseinkommen betrachtet werden. Insbesondere scheint es, dass Frauen mit niedrigerem Einkommen besonders stark von den Folgen der Pandemie betroffen waren. Eine von der KOF publizierte Studie von Isabel Z. Martínez und Co-Autoren stellt einen ausgeprägten Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und unterschiedlicher Betroffenheit durch die Massnahmen zur Pandemiebekämpfung fest.³⁰ Je tiefer das Haushaltseinkommen, desto stärker waren die Haushalte im Zuge der Krise von Einkommensverlusten betroffen und ökonomischen Risiken ausgesetzt. In Haushalten mit niedrigem Einkommen kamen Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit wesentlich häufiger vor.³¹

Wer kann ins Homeoffice?

Ein Teil der Unterschiede in den Folgen für die Erwerbsarbeit dürften darauf zurückzuführen sein, dass deutlich weniger Menschen aus Haushalten mit tiefen Einkommen die Möglichkeit hatten, zuhause zu arbeiten; was unter anderem bei Frauen in der Gastronomie, der Reinigung oder im Detailhandel der Fall war. Homeoffice war während der Corona-Krise vorteilhaft, da der bisherige Job mit grösserer Wahrscheinlichkeit weiterhin ausgeübt werden konnte. Auch gingen die täglichen Ausgaben tendenziell zurück und die Haushalte konnten mehr Geld sparen. Dazu kommt die Reduktion des Risikos einer Ansteckung mit Covid-19. Auch Dubois et al. kommen zu einem ähnlichen Schluss: Homeoffice ist ein wesentlicher Faktor, um die unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern zu erklären, denn hier zeigen sich deutliche Unterschiede nach Branchen und entsprechend Einkommen. Personen in Jobs, die nicht im Homeoffice erledigt werden konnten, waren häufiger von Kurzarbeit betroffen. Dieser Effekt ist für Frauen sehr viel ausgeprägter als für Männer.³² Verschiedene Studien belegen denn auch einen etwas höheren Anteil von Männern im Homeoffice, was vor allem durch die hohen Frauenanteile in Branchen der personenbezogenen- und haushaltsnahen Dienstleistungen, die keine Möglichkeit hierzu boten, zu erklären ist.³³ Homeoffice war insgesamt vor allem für die Mehrheit der Gutverdienenden möglich; je tiefer das Einkommen, desto seltener die Möglichkeit ins Homeoffice zu wechseln. In knapp einem Drittel der Haushalte mit sehr tiefem Einkommen (unter 4000 CHF) war Homeoffice ganz oder teilweise möglich, während dies bei über zwei Drittel der Haushalte mit sehr hohem Einkommen (über 16000 CHF) der Fall war.³⁴ Auch hier zeigt sich, dass vor allem Geringverdiener*innen stark der Krise ausgesetzt waren – von denen ein hoher Anteil Frauen sind.³⁵

28 Bundesamt für Statistik (2022):

Erwerbslosenstatistik gemäss ILO: Erwerbslose gemäss ILO nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen, brutto- und saisonbereinigte Werte. Durchschnittliche Monats-, Quartals- und Jahreswerte. BSF-Nr. je-d-03.03.01.01. Publiziert am 02.06.2022.

29 Ebd.

30 Martínez, Isabel Z. / Kopp, Daniel / Lalive, Rafael / Pichler, Stefan / Siegenthaler, Michael (2021): Corona und Ungleichheit in der Schweiz. Eine erste Analyse der Verteilungswirkungen der Covid-19-Pandemie. KOF Studien, Nr. 161, Februar 2021: ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/dual/kof-dam/documents/Medienmitteilungen/Sonstige/Studie%20Ungleichheit%20final.pdf (Abfrage: 18.07.2022).

31 Ebd.

32 Dubois, Corinne / Lambertini, Luisa / Wu, Yu (2021): Gender Effects of the Covid-19 Pandemic in the Swiss Labor Market. Preliminary Paper. Publiziert am 18.11.2021: iceanet.org/wp-content/uploads/2021/11/Dubois.pdf, S. 23–24 (Abfrage: 31.05.2022).

33 Martínez, Isabel Z. / Kopp, Daniel / Lalive, Rafael / Pichler, Stefan / Siegenthaler, Michael (2021): Corona und Ungleichheit in der Schweiz. Eine erste Analyse der Verteilungswirkungen der Covid-19-Pandemie. KOF Studien, Nr. 161, Februar 2021: ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/dual/kof-dam/documents/Medienmitteilungen/Sonstige/Studie%20Ungleichheit%20final.pdf (Abfrage: 18.07.2022) und Fritschi, Tobias / Fischer, Gabriel (2020): Arbeitsbedingungen in der Corona-Krise – Spezialbefragung zum Barometer Gute Arbeit. Publiziert am 18.08.2020: travailsuisse.ch/de/media/1425/download (Abfrage: 18.06.2022).

Einkommensungleichheit und die Pandemie

Ähnliches lässt sich mit Blick auf die Einkommen feststellen: Haushalte mit einem sehr tiefen Einkommen von unter 4000 CHF verzeichneten ab März 2020 einen starken Einkommensrückgang von 20 Prozent. Die Konsumausgaben sind bei allen Haushalten gesunken, aber bei denen mit hohem Einkommen am stärksten (-16 Prozent).³⁶ Wichtig ist hierbei zu beachten, dass sich die Gründe für den Rückgang der Konsumausgaben unterscheiden: während viele Gutverdiener*innen aufgrund von Reisebeschränkungen und «Social Distancing»-Massnahmen weniger Ausgabemöglichkeiten hatten, ist der Grund bei Haushalten mit tieferem Einkommen schlichtweg, dass durch Einkommenseinbussen weniger Geld zur Verfügung stand. Rund 40 Prozent der Personen mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 4000 CHF mussten sogar auf ihre Ersparnisse zurückgreifen. Diese Ausgaben- und Einkommensveränderungen schlugen sich in den Ersparnissen und damit in der Vermögensbildung nieder: Ersparnisse sind 2020 bei Haushalten mit tiefen Einkommen deutlich gesunken, bei Haushalten mit den höchsten Einkommen gestiegen. Das kann langfristige Auswirkungen auf die Vermögensbildung haben und die Schere zwischen Arm und Reich sowie zwischen den Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Männer potentiell weiter vergrössern.³⁷ Eine vertiefere geschlechtsspezifische Analyse wird erst in den folgenden Jahren mit mehr Daten möglich sein.

Kinderbetreuung im Lockdown

Das Arbeitsvolumen in den Privathaushalten wurde insbesondere von den Schliessungen der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen während des Lockdowns aber auch von den darauffolgenden andauernden Einschränkungen seit Juni 2020 beeinflusst.

Während die Schulen in der Schweiz zwischen März bis Juni 2020 landesweit geschlossen wurden, hat der Bund die Kantone dazu verpflichtet, ein Betreuungsangebot für jene Kinder aufrecht zu erhalten, die nicht privat betreut werden können. Die Kantone setzten diesen Auftrag höchst unterschiedlich um. In verschiedenen Kantonen wurde nur eine minimale Notbetreuung angeboten, teils nur für Kinder, deren Eltern im Pandemieeinsatz waren, wie zum Beispiel das Gesundheitspersonal oder Detailhandelsangestellte im Lebensmittelhandel. Andernorts waren Tagesstätten für Kinder und Jugendliche grundsätzlich offen. Der Aufruf des Bundesrates die Kinder, wenn immer möglich, zu Hause zu betreuen, zeigte dennoch Wirkung. Im Frühjahr 2020 hatten fast Dreiviertel der in einer Umfrage befragten Haushalte mit Kindern keine externe Betreuung. Vor Beginn der Pandemie lag dieser Anteil bei knapp einem Viertel. Die gleiche Erhebung stellt fest, dass knapp die Hälfte der Haushalte mit Kindern angab, dass sich die Aufteilung der Kinderbetreuung vor und während des Lockdowns nicht nennenswert verändert hätte.

34 Martínez, Isabel Z. / Kopp, Daniel / Lalive, Rafael / Pichler, Stefan / Siegenthaler, Michael (2021): Corona und Ungleichheit in der Schweiz. Eine erste Analyse der Verteilungswirkungen der Covid-19-Pandemie. KOF Studien, Nr. 161, Februar 2021: ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/dual/kof-dam/documents/Medienmitteilungen/Sonstige/Studie%20Ungleichheit%20final.pdf (Abfrage: 18.07.2022).

35 Bundesamt für Statistik (2022): Verteilung der Nettolohnklassen nach Geschlecht, 2020. BFS-Nr. gr-d-03.04.01-Ise014. Publiziert am 28.03.2022.

36 Martínez, Isabel Z. / Kopp, Daniel / Lalive, Rafael / Pichler, Stefan / Siegenthaler, Michael (2021): Corona und Ungleichheit in der Schweiz. Eine erste Analyse der Verteilungswirkungen der Covid-19-Pandemie. KOF Studien, Nr. 161, Februar 2021: ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/dual/kof-dam/documents/Medienmitteilungen/Sonstige/Studie%20Ungleichheit%20final.pdf (Abfrage: 18.07.2022).

37 Ebd.

Vor allem in Haushalten mit höheren Einkommen gaben die Väter an, mehr Kinderbetreuung zu übernehmen als vor dem Lockdown. Dieser Befund korreliert damit, dass in Haushalten mit höherem Einkommen Homeoffice weiter verbreitet war. Es darf vermutet werden, dass dies die Übernahme von Kinderbetreuungsaufgaben von Vätern in Haushalten mit hohem Einkommen begünstigt hat. Jede fünfte Mutter, unabhängig des Einkommens, berichtete von zeitlicher Mehrbelastung durch Kinderbetreuung.³⁸ Auch andere Befragungen bestätigen das: Frauen gaben generell deutlich häufiger an, dass durch den erhöhten Betreuungsaufwand ihre beruflichen Arbeitskapazitäten reduziert seien.³⁹

In einer im August 2020 veröffentlichten Studie von Fritschi und Fischer gaben 38 Prozent der Väter und 46 Prozent der Mütter im Homeoffice an, die Vereinbarkeit von Betreuungsaufgaben und Erwerbsarbeit sei in hohem Masse schwierig. Dieser Anteil sinkt für die Väter mit Kindern im Primarschulalter auf 25 Prozent und steigt für die Mütter auf 65 Prozent.⁴⁰ Das mag damit zusammenhängen, dass die Mehrarbeit in der Betreuung und durch Fernunterricht bei einem bereits zuvor sehr hohen Volumen an geleisteter unbezahlter Arbeit, zusammengerechnet mit dem Erwerbsarbeitspensum, die betroffenen Frauen schnell an eine Kapazitätsgrenze gebracht hat. Mütter leisteten schon vor Ausbruch von Covid-19 wesentlich mehr Kinderbetreuung als Väter. Dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern verkleinerte sich durch die Pandemiesituation gesamthaft nicht.⁴¹

Auch nach Wiedereröffnung der Schulen und der Kinderbetreuungseinrichtungen im Sommer 2020 blieb die Belastung für Familien mit Kindern hoch. Der Alltag wurde unberechenbarer. Muss die Klasse ab morgen in Quarantäne? Oder gar die ganze Schule? Ist der kleine Husten besorgniserregend? Können Betreuungslücken durch Nachbarinnen und Grosseltern abgedeckt werden? Oder ist das Risiko zu hoch? Jede Familie wurde zu ihrer eigenen kleinen Covid-Task-Force mit täglichen, manchmal stündlichen Lageeinschätzungen, Abwägungen und Massnahmen.

Auf die Idee der Corona-Elternzeit, die Eltern flexible Auszeiten während temporärer Schliessungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen oder bei Ausfall der üblichen Betreuungslösungen mit Kündigungsschutz ermöglicht hätte, wie von einigen feministischen Fachpersonen und Aktivistinnen zu Beginn der Pandemie vorgeschlagen, wurde politisch nie reagiert.⁴² Auch über finanzielle Entlastung für Haushalte mit Kindern wurde nie diskutiert – im Gegensatz zu anderen Ländern, wie zum Beispiel in Italien und in den USA, die Familien mit Direktzahlungen unterstützten.

Der elternbezogene Covid-19-Erwerbsersatz wurde überwiegend von Müttern geltend gemacht. Im Jahr 2020 betrug ihr Anteil 60 Prozent, im Jahr 2021 sogar über 70. Fritschi und Fischer weisen in ihrer Studie darauf hin, dass insgesamt lediglich eine kleine Minderheit (4,3 Prozent) der Befragten Corona-Erwerbsersatz bei Elternschaft erhalten hatte. Entweder waren die Personen nicht bezugsberechtigt oder die Massnahme war ihnen nicht bekannt. Knapp

38 Steinmetz, Stephanie / Monsch, Gian-Andrea (2020): Vereinbarkeit von Familie und Beruf während des Lockdowns. FORS Covid-19 Erhebungen, Faktenblatt N°4: forscenter.ch/wp-content/uploads/2020/09/faktenblatt_familie_n_4-1.pdf, S.3–4. (Abfrage: 18.06.2022).

39 Bütikofer, Sarah / Craviolini, Julie / Hermann, Michael / Krähenbühl, David (2020): Schweizer Familien in der Covid-19-Pandemie. Spezialauswertung des SRG-Corona-Monitors zu Familien- und Betreuungsstrukturen im Kontext der Krise. Sotomo im Auftrag des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung. Publiziert am 08.06.2020: sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2020/06/Covid19-Monitor_Familien.pdf (Abfrage: 18.06.2022).

40 Fritschi, Tobias / Fischer, Gabriel (2020): Arbeitsbedingungen in der Corona-Krise. Spezialbefragung zum Barometer Gute Arbeit. Publiziert am 18.08.2020: travailsuisse.ch/de/media/1425/download (Abfrage: 18.06.2022).

41 So wendeten Mütter im Durchschnitt pro Woche 8 Stunden – einen ganzen Arbeitstag – mehr für die direkte Betreuung von Kindern (Hausarbeit nicht eingerechnet) auf als Väter. **Bundesamt für Statistik** (2021): Haus- und Familienarbeit. Durchschnittlicher Zeitaufwand in Stunden pro Woche. BFS-Nr. je-d-03.06.02.01. Publiziert am 20.05.2021, Jahreswerte 2016 und 2020.

42 Eidgenössische Kommission dini Mueter (EKdM) (2020): Offener Brief an den Bundesrat. Publiziert am 02.04.2020: ekdm.ch/wp-content/uploads/2020/05/April-2020-Offener-Brief-an-den-Bundesrat.pdf (Abfrage: 18.06.2022).

die Hälfte der Befragten wurden stattdessen durch «ein Entgegenkommen»⁴³ (was auch immer das heisst) der Arbeitgebenden entlastet. Männer jedoch sehr viel häufiger als Frauen. Während in den personenbezogenen Dienstleistungsbranchen, das heisst im Gastgewerbe und im Bildungs- und Gesundheitswesen, jeweils eine deutliche Mehrheit der Arbeitnehmenden gar kein oder kaum ein Entgegenkommen der Arbeitgebenden zur Entlastung erfahren hat, haben im Finanz- und Versicherungswesen, der öffentlichen Verwaltung, in den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung oder dem Sozialwesen immerhin jede dritte Person in hohem oder sehr hohem Mass ein Entgegenkommen der Arbeitgebenden erfahren.⁴⁴

Während es für die Zeit des Lockdowns und die erste Phase der Pandemie immerhin einzelne Studien zur Situation von Familien gab, fehlen systematische Erkenntnisse für den Zeitraum ab Herbst 2020 bis heute. Es ist anzunehmen, dass regelmässige Zeitverwendungserhebungen und Befragungen eine Akzentuierung der Zusatzbelastung für Mütter feststellen würden.⁴⁵

Denn auch wenn die Schweiz im internationalen Vergleich die Schulen, Kitas und andere Betreuungseinrichtungen nur für kurze Zeit (März 2020 bis Juni 2020) geschlossen hielt, fielen auch die bis März 2022 andauernden Quarantäneanordnungen für die Kinder und Lehr- respektive Betreuungspersonen, temporäre Schliessungen von Klassen und ganzen Einrichtungen ins Gewicht. Durch den Wegfall von Betreuung durch Grosseltern, die vor einer Infektion geschützt werden sollten, «Social Distancing»-Einschränkungen zu Freund*innen, Nachbar*innen und der Familie blieb die zusätzliche Belastung durch Betreuungs- und Hausarbeit für viele Familien auch nach Juni 2020 hoch. Die Last dieser sich in kurzer Zeit ändernden Situationen wurde vollständig in die Haushalte abgewälzt; insbesondere die Mütter bewiesen grosse Flexibilität in der Bewältigung der Organisation des durch die Pandemie geprägten Alltags.

Einordnung und Ausblick: Besser wäre möglich

Die Daten zeigen: Frauen waren und sind durch die neuen Elemente dieser Krise sehr unterschiedlich betroffen – je nach Branche, Anstellungsverhältnis und Familiensituation. Grundsätzlich lässt sich aber festhalten: Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt durch die politischen Entscheidungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie grössere Einbussen erfahren als Männer, mal mehr, mal weniger deutlich, insgesamt aber sehr eindeutig. Sie haben häufiger Kurzarbeitsentschädigung bezogen, weil der Frauenanteil in Branchen, die durch die Massnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens betroffen waren, insbesondere im Gastgewerbe und Detailhandel, hoch ist. Das Risiko aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden hat sich für Frauen durch die Pandemie stärker vergrössert als für Männer. Der Unterschied im Erwerbsarbeitsvolumen von Männern und Frauen hat sich

⁴³ **Fritschi, Tobias / Fischer, Gabriel** (2020): Arbeitsbedingungen in der Corona-Krise. Spezialbefragung zum Barometer Gute Arbeit. Publiziert am 18.08.2020: travailsuisse.ch/de/media/1425/download, S. 14. (Abfrage: 18.06.2022).

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Darauf weist zum Beispiel der Anstieg der Hilfesuchenden beim Elternnotruf hin. Vgl. **Haefeli, Rebekka** (2022): Die Verzweiflung bei den Eltern ist gross. In: NZZ, 28.01.2022, S. 11, abgelegt auf der Homepage des Elternnotrufs: elternnotruf.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Neue_Z%C3%BCrcher_Zeitung_20220128_Seite_11.pdf. (Abfrage: 10.08.2022). Für Deutschland ist die Situation besser dokumentiert. Das Müttergenesungswerk, eine Stiftung für Mutter-Kind-Kuren und Mütterkuren, registriert eine massive Zunahme von Kuranträgen und beobachtet eine deutliche Verschlechterung des gesundheitlichen Zustandes von Müttern seit Ausbruch der Pandemie. Vgl. **Lehner, Joana** (2022): Viele Eltern brechen nach zwei Jahren Pandemie zusammen. In: Business Insider, 24.06.2022: businessinsider.de/politik/deutschland/viele-eltern-brechen-nach-zwei-jahren-pandemie-zusammen-die-zahl-der-muetter-mit-corona-burnout-steigt-kliniken-stossen-an-ihre-limite-a/?utm_campaign=twitter&utm_medium=onsite_button&utm_source=social. (Abfrage: 10.08.2022).

im Pandemiejahr 2020 temporär verringert: Frauen konnten im Durchschnitt weniger vom Homeoffice profitieren, da der Frauenanteil in systemrelevanten Berufen und in Niedriglohnssektoren, in denen nicht auf Heimarbeit umgestellt werden konnte, hoch ist. Gleichzeitig verdichtete und erhöhte sich in gewissen Bereichen die Arbeitslast für Frauen: Im Gesundheitswesen und in der unbezahlten wie auch bezahlten Kinderbetreuung. Die ungleiche Betroffenheit von Frauen durch Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt ist daher vor allem durch die von der Pandemie betroffenen Branchen zu erklären. Branchen, in denen mehr Frauen arbeiten, waren (und sind) stärker von dieser Krise betroffen – häufig handelt es sich hierbei um Branchen und Berufe mit relativ niedrigen Löhnen. Verschiebungen in der Arbeit führten ebenso zu einer starken Belastung für Geringverdienende – von denen ein höherer Prozentsatz Frauen sind. Ein Blick auf die Haushaltseinkommen zeigt: Haushalte mit niedrigem Vor-Corona-Einkommen waren Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt stärker ausgesetzt – dies kann mittelfristige Folgen für die Einkommens- und Vermögensungleichheit haben.

Der zeitliche Aufwand für unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit hat sich für Frauen und Männer während der Pandemie erhöht, was insbesondere bei Tätigkeiten im Homeoffice zu einer zusätzlichen Belastung führte. Hier bleibt wichtig anzumerken, dass die Schliessung von Schulen, Primarschulen und Kitas in der Schweiz im Vergleich zu vielen anderen Ländern wesentlich kürzer waren.⁴⁶ Daher könnte spekuliert werden, dass die Belastung durch die von den Pandemiemassnahmen ausgelöste Zunahme an unbezahlter Arbeit in der Schweiz geringer ausfiel als anderswo. Gleichzeitig: Wenn wir einen Blick in andere europäische Länder werfen, stellen wir fest: Sorge- und Versorgungsarbeit wird vielerorts sehr viel ausgeprägter finanziert als hier, die öffentliche Infrastruktur ist vielerorts besser ausgebaut. Was bedeutet, dass in der Schweiz sehr viel mehr unbezahlte Arbeit geleistet wird als anderswo. Um das genauer beurteilen zu können, bräuchten wir sehr viel mehr Daten.

Alle diese Verschiebungen in der Arbeit führten also einerseits dazu, dass Frauen häufiger stark von der Krise betroffen waren. Im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern befindet sich die Schweiz übrigens in der Nähe des OECD-Durchschnitts in Bezug auf Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Änderung der Arbeitslosenquote im Jahr 2020 – in einem Land mit einem der höchsten Bruttoinlandsprodukte ein eher bescheidenes Ergebnis (beispielsweise in den Niederlanden oder in Italien gab es hier kaum einen Unterschied).⁴⁷

Ein weiterer durch die Pandemie bedingter – oder zumindest stark beschleunigter – Trend hat das Potential, die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt zwischen Frauen und Männern langfristig tendenziell zu vergrößern: Die Pandemie hat die Automatisierung und Digitalisierung in vielen Branchen stark beschleunigt (unter anderem durch die starke Verbreitung von Homeoffice sowie Online-Kommunikation), was sich in den nächsten Jahren stark auf den Arbeitsmarkt auswirken wird. Gender Gaps sind seit

⁴⁶ OECD (2021): The state of global education. 18 months into the pandemic: read.oecd-ilibrary.org/education/the-state-of-global-education_1a23bb23-en#page2 (Abfrage: 24.08.2022).

⁴⁷ Ebd.

langem in Branchen mit hohen technischen Anforderungen besonders stark ausgeprägt (zum Beispiel IT- und Ingenieurberufe) und Frauen dort stark unterrepräsentiert.⁴⁸ Dies hat das Potential, den Gap zwischen den Einkommen von Frauen und Männern in den nächsten Jahren tendenziell zu vergrössern, auch deshalb, weil Berufe in denen Frauen beschäftigt sind, nicht (oder nur sehr beschränkt) digitalisiert werden können.

Bereits vor der Pandemie befanden sich Frauen in der Schweiz (und weltweit) in einer prekäreren wirtschaftlichen Situation. Sie leisteten im Schnitt mehr unbezahlte Arbeit und befanden sich häufiger in unregelmässigen und/oder schlecht(er) bezahlten Arbeitsverhältnissen. Die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen beträgt deshalb jährlich rund 100 Milliarden Franken. Damit sich diese Verhältnisse infolge der Pandemie nicht weiter verschärfen, brauchen wir Lösungen für den Sektor der Sorge- und Versorgungsarbeit. Krisen stellen vieles in Frage, aber das nicht: Auf Sorge- und Versorgungsarbeit sind wir angewiesen.

Wollen wir als Gesellschaft Geschlechtergerechtigkeit ausbauen und den wirtschaftlichen Verwerfungen der durch Covid-19 und den staatlichen Massnahmen ausgelösten Krise begegnen, müssen Arbeitsbedingungen und Löhne in diesem Sektor verbessert werden. Der Staat muss hier eine tragende Rolle einnehmen. Gerade die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass der Staat handlungsfähig ist und sowohl schnell und unbürokratisch als auch unter Aufwendung von erheblichen finanziellen Mitteln Krisen steuern kann. Öffentliche Budgets konnten aufgestockt werden, um notwendige Unterstützung für Arbeitnehmende und für ganze Branchen zu gewährleisten. Die zentralen Fragen lauten: Welche Arbeit ist für das Leben und Überleben der Menschen zentral? Unter welchen Bedingungen und von wem soll sie gegenwärtig und zukünftig geleistet werden? Qualitativ hochwertige Sorge-Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, in der Kinderbetreuung, in der Bildung und anderen Bereichen der personenbezogenen Dienstleistungen sind für eine gute Wirtschaft massgeblich.

Die österreichische Initiative «Mehr für Care! – Wirtschaften fürs Leben» (vgl. Beitrag auf S. 43) skizzierte eine konkrete Vorstellung, wie ein staatliches Investitionspaket für die Sorge- und Versorgungswirtschaft aussehen könnte. Auch ein Blick ins weiter entfernte Ausland kann hier hilfreich sein. In Neuseeland gibt es beispielsweise seit 2019 das sogenannte «Wellbeing Budget» – der Name soll die Verschiebung in den Prioritäten der staatlichen Ausgaben ausdrücken: nämlich hin zu einem stärkeren Fokus auf Gesundheit, Pflege, Bekämpfung von Kinderarmut und Klimaschutz.⁴⁹ Das Budget 2020 enthielt beispielsweise 5.6 Milliarden Dollar für den Gesundheitssektor, 183 Millionen zur Prävention von Gewalt in Familien und 186 Millionen für den Bildungssektor, um Schulen und Schüler*innen während der Lockdowns unter anderem beim Homeschooling zu unterstützen.⁵⁰

Dieser generelle Ansatz beim Zusammenstellen von Staatshaushalten hat Potential für ähnliche Volkswirtschaften zum Beispiel für die Schweiz.

48 World Economic Forum (2021): Global Gender Gap Report 2021, chapter 3: [weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf](https://www.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf) (Abfrage: 24.8.2022).

49 The Treasury (2019/2022): Wellbeing-Budget: treasury.govt.nz/publications/search?f%5B0%5D=field_resource_type%3A6053 (Abfrage: 24.08.2022).

50 The Treasury (2020): Wellbeing-Budget. Publiziert am 14.05.2020: treasury.govt.nz/sites/default/files/2020-05/b20-well-being-budget.pdf (Abfrage: 24.08.2022).

Die Pandemie hat aufgezeigt, wie politische Massnahmen direkt und indirekt Frauen benachteiligen können, und dass eine explizite Berücksichtigung von Genderaspekten, verbunden mit Fragen des «Wellbeings» und dem Schutz der Lebensgrundlagen in der Budgetplanung ein notwendiger erster Schritt für eine zukünftige gerechtere Verteilung des Wohlstandes ist.

Autorinnen

Jana Freundt forscht als Ökonomin an der Universität Fribourg im Bereich der Verhaltenswissenschaften und der Politischen Ökonomie und engagiert sich zudem in der Stadt Bern in der Gleichstellungspolitik.

Anja Peter arbeitet seit Ende 2020 als Co-Geschäftsleiterin von Economie-feministe. Mehrere Jahre war sie beruflich in der Gleichstellungsarbeit tätig. Seit über 10 Jahren beschäftigt sie sich mit Fragen und Zusammenhängen von Sorge- und Versorgungswirtschaft und wirtschaftlicher Gleichstellung von Frauen.



Die falsche Angst vor einer Retraditionalisierung

Das irreführende Narrativ einer linearen Fortschrittsgeschichte

Fast seit Beginn der Coronapandemie warnen Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Aktivist*innen vor einer «Retraditionalisierung» der Geschlechterverhältnisse: Wir würden mit Rollenverteilungen konfrontiert, die denen unserer Eltern und Grosseltern ähnelten, und gleichstellungspolitisch um Jahrzehnte zurückgeworfen. Doch was hat es auf sich mit dieser Angst? Was zeigt sie auf? Beziehungsweise: was deckt sie zu?

Unzählige Studien bestätigen inzwischen, dass die Krise für Frauen, und insbesondere für Mütter, sehr viel negativere Konsequenzen hat als für Männer und Väter.¹ Zu diskutieren bleibt allerdings nach wie vor, wie wir diese Zahlen und Daten einordnen und politisch skandalisieren. Die Berichterstattung und Forschung zur These der Retraditionalisierung verengt den Blick auf ungleiche Erwerbsarbeitszeiten und die geschlechtersegregierte Verteilung der Haus- und Sorgearbeit in heterosexuellen Paarbeziehungen. Entlang linearer Fortschrittserzählungen wird seit zwei Jahren viel darüber gestritten, ob sich die Verhältnisse in den Familien nun *re-* oder *ent-*traditionalisiert haben. Dringender und sinnvoller wäre es jedoch, nachzuvollziehen, wie grundlegend sich die Art der Ausbeutung verändert hat, mit der Frauen heute konfrontiert sind. Entscheidend ist dabei die Frage, zu welchen ökonomischen, zeitlichen und sozialen Bedingungen in unserer Gesellschaft *insgesamt* Sorgearbeit geleistet wird.

Fest steht: Die bürgerliche Vollzeithausfrau der Fünfzigerjahre, vor deren Rückkehr so eindringlich wie fehlgeleitet gewarnt wird, ist heute grösstenteils verschwunden. Die Situation der Sorgenden – meist Frauen – ist jedoch so miserabel wie seit eh und je. Wie kommt das?

Eine historische Einordnung

Beginnen wir zunächst einmal bei der vermeintlichen «Tradition» der Vollzeithausfrau. Tatsächlich setzte sich dieses Ideal erst im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts in breiten Gesellschaftsschichten durch.² Infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg war es ökonomisch durchaus machbar, dass sich die Frauen nahezu ausschliesslich der Kindererziehung, der Pflege sowie der Haus- und Sorgearbeit widmeten. Die meist männlichen Arbeiter und Angestellten verdienten einen relativ hohen «Familienlohn», von dem die gesamte Familie leben konnte. Bekanntlich erodierte dieses Arrangement jedoch bereits in den Siebzigerjahren. Einerseits stagnierte das wirtschaftliche Wachstum und andererseits wehrten sich Frauen gegen ihre isolierte Existenz als Hausfrau und die selbstver-

¹ Vgl. exemplarisch: **Hochschul- und Wissenschaftskommunikation Albert-Ludwigs-Universität Freiburg** (2022): Corona macht Frauen unglücklicher als Männer. Publiziert am 07.03.2022: kommunikation.uni-freiburg.de/pm/2022/corona-macht-frauen-ungluecklicher-als-maenner (Abfrage: 30.08.2022).

Hans-Böckler-Stiftung (2021): Böckler-Impuls. Frauen in der Coronakrise stärker belastet. Publiziert am 21.01.2021. boeckler.de/de/boeckler-impuls-frauen-in-der-coronakrise-starker-belastet-29949.htm (Abfrage: 30.08.2022).

Zucco, Aline / Lott, Simone (2021): Stand der Gleichstellung. Ein Jahr mit Corona. In: WSI Report Nr. 64, März 2021, im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf. boeckler.de/pdf/p_wsi_report_64_2021.pdf (Abfrage: 30.08.2022).

Hans-Böckler-Stiftung (2021): Böckler-Impuls. Gleichstellung. Rückschritte durch Corona. Publiziert am 04.11.2021: boeckler.de/de/boeckler-impuls-rueckschritte-durch-corona-36521.htm (Abfrage: 30.08.2022).

Allmendinger, Jutta (2022): Auf dem Rücken der Frauen. In: Die Zeit, 01.03.2022: zeit.de/gesellschaft/2022-02/corona-gleichstellung-studien-frauen-geschlechterrollen (Abfrage: 30.08.2022).

Kohlrausch, Bettina / Zucco Alina (2020): Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Die Folge der Re-Traditionalisierung für den Gender Care Gap und Gender Pay Gap. In: Feministische Studien, Band 38, Heft 2, S. 322–336.

² **Federici, Silvia** (2015): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien. S. 125. **Mies, Maria** (1996): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich. S. 175f.

ständige gesellschaftliche Inanspruchnahme ihrer reproduktiven, sexuellen und sorgenden Tätigkeiten.

Im Jahr 1972 lancierten Feministinnen die internationale Kampagne «Lohn für Hausarbeit».³ Das zentrale Argument war, dass die unbezahlte Hausarbeit der Frauen weder natürliche Regung qua Mutterinstinkt noch ausschliesslicher Liebesdienst sei, sondern einen handfesten ökonomischen Faktor darstelle, der die kapitalistische Produktion überhaupt erst ermögliche. Denn bevor Arbeiter in Fabriken und Angestellte in Büros Gewinn erwirtschaften könnten, müssten sie erst einmal geboren, gepflegt, geliebt, erzogen und versorgt werden, so die simple wie unmittelbar einleuchtende These. Obwohl diese Tätigkeiten demnach die eigentliche Grundlage der Wirtschaft darstellen, wurden sie als ausserökonomische Tätigkeiten abqualifiziert. Die Arbeit der Frauen galt schlicht nicht als Arbeit, sondern als eine Art dauerverfügbare Ressource, an der man sich gesellschaftlich und individuell scheinbar endlos bedienen konnte. Und dagegen begehrten die Frauen als Hausfrauen auf.⁴

Zugleich stand den Frauen die Zumutung des Phänomens, das wir heute Doppelbelastung nennen, deutlich vor Augen: «Wir lehnen jede «Alternative» ab, bei der wir an eigenes Geld nur um den Preis von Mehrarbeit kommen», liessen etwa Berliner Aktivistinnen in der Zeitschrift *Courage* verlautbaren.⁵ Ebenso wenig wollten sie sich mit einem Taschengeld oder einer kleinen Herdprämie abspeisen lassen und weiterhin ein Hausfrauendasein in gesellschaftlicher Isolation verbringen. Sie forderten *sowohl* eine andere gesellschaftliche Organisation der Sorgearbeit *als auch* eine ökonomische Kompensation.

Vom Familienlohn zur «Hausfrauisierung der Arbeit»

Heute müssen wir leider feststellen, dass dieser Kampf – vorerst – verloren wurde. Vielmehr hat sich die Prognose einer «Hausfrauisierung der Arbeit» bewahrheitet⁶. Die Soziologinnen Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof prophezeiten mit diesem Begriff bereits in den Achtzigerjahren die neoliberale Deregulierung und Prekariisierung der meisten Arbeitsverhältnisse. Im Zentrum ihres Ansatzes⁷ steht die These, dass sämtliche Arbeit sukzessive so behandelt wird, als handle es sich um Hausfrauenarbeit. Sie gilt dann tendenziell entweder als wertlos oder als eine Art Zuverdienst. Die kapitalistische Verwertung kann so nahezu unentgeltlich auf diese Arbeit zugreifen.

Tatsächlich gerieten Familien in den letzten Jahrzehnten finanziell sehr unter Druck. Ein Lohn reicht heute nicht mehr für die ganze Familie. Frauen wollen und dürfen heute nicht nur einer Erwerbsarbeit nachgehen – sie müssen es auch. Durch diesen Ressourcenabzug aus den Haushalten fehlt den

3 Vgl. **Toupin, Louise** (2018): *Wages for Housework. A History of an International Feminist Movement, 1972–77*. London.

4 Vgl. **Dalla Costa, Mariarosa / James, Selma** (1973): *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*. Berlin.

5 **Lohn für Hausarbeit. Offener Brief an Alice**. In: *Berliner Frauenzeitung Courage* 8 / 1977. S.38.

6 Vgl. **Von Werlhof, Claudia** (1988): *Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?* In: *Bennholdt-Thomsen, Veronika / Mies, Maria / Werlhof v., Claudia: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit*. Hamburg. S. 113–136.

7 **Mies, Maria** (2009): *Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive*. In: *van der Linden, Marcel / Roth, Karl Heinz (Hg.): Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*. Berlin / Hamburg. S. 257–285.

Familien allerdings zunehmend Zeit, um überhaupt adäquat Sorge- und Hausarbeit leisten zu können.

Zusätzlich kam es zu einer symbolischen Entwertung dieser Arbeit. Die Historikerin und Philosophin Tove Soiland bemerkt hierzu: «Ohne das ältere, fordistische Zeitalter verteidigen zu wollen: Es scheint mit seiner konservativen Familienideologie wenigstens noch akzeptiert zu haben, dass es diese Tätigkeiten gibt und dass sie notwendig sind. Im Zuge der Emanzipation der Frauen wurde diese Akzeptanz des füreinander Sorgens jedoch in den Hintergrund gedrängt. [...] Ich stelle immer wieder fest, dass junge Frauen fast etwas verschämt formulieren, dass sie eigentlich gerne bei ihren Kindern sind».⁸

Diese Entwicklung ist mit der These einer vermeintlichen *Enttraditionalisierung* der Verhältnisse, die man dann vor einer erneuten *Retraditionalisierung* bewahren müsste, nur unzureichend beschrieben. Vielmehr handelt es sich um eine schwer durchschaubare, weil verdeckte Verschärfung der Ausbeutung von Frauen als Sorgenden.

Prekarisierung neu begreifen

Selbst dort, wo Sorgearbeit heute bezahlt wird, haben wir es eher mit einer pervertierten Karikatur dessen zu tun, wofür Feministinnen gekämpft haben. Zwar ist Sorgearbeit heute als Beruf und Lohnarbeit durchaus anerkannt, aber die Arbeitsbedingungen sind katastrophal und die Löhne mies. Die Ökonomin Mascha Madörin weist darauf hin, dass dies kein Zufall ist.⁹ Das Problem seien die divergierenden Arbeitsproduktivitäten wertschöpfungsstarker und wertschöpfungsschwacher Sektoren: In wertschöpfungsstarken Sektoren – wie zum Beispiel in der Automobilindustrie – lässt sich die Arbeitszeit verdichten, technische Innovationen können die Produktion beschleunigen oder Personal ersetzen. All das senkt die Produktionskosten, steigert die Wertschöpfung und erhöht letztlich den Profit. Im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungssektor ist das nicht in gleichem Masse möglich. Die Kosten scheinen daher ständig zu explodieren. Um sie dennoch zu drücken, spart man am Personal und am Lohn. Die Konsequenzen sind bekannt: auf der einen Seite schlechte Versorgung und Verwahrlosung der Sorgebedürftigen. Auf der anderen Seite Überlastung, Burn-out und Armut bei den Sorgenden, die noch dazu ein chronisch schlechtes Gewissen haben, den Bedürfnissen der Sorgeempfangenden nicht gerecht zu werden. Auch hier kommt man mit der Klage über retraditionalisierte Geschlechterverhältnisse nicht weiter. Denn diese Art der Zumutung in einem stetig wachsenden, profitorientierten und extrem prekarierten Sorgesektor ist neu. Wir müssen diese Veränderungen in ihrer Neuheit begreifen, um dagegen vorgehen zu können. Der furchtsame Blick in die Vergangenheit, von der wir glauben, sie könne uns wieder einholen, hilft da nicht weiter.

8 Dolderer, Maya / Soiland, Tove (2016): Die mütterliche Gabe hat keine symbolische Existenz. Interview mit Tove Soiland. In: Dolderer, Maya / Holme, Hannah / Jerzak, Claudia / Tietge, Ann-Madeleine (Hg.): *O Mother, Where Art Thou? (Queer-)Feministische Perspektiven auf Mutterschaft und Mütterlichkeit*. Münster. S. 203–213.

9 Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz (Hg.): *Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Eine Annäherung*. Jahrbuch. Zürich. S. 141–162. Online abrufbar: denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Madorin.pdf (Abfrage: 30.08.2022)

Betreuungsketten entlang des globalen Armutsgefälles

Hinzu kommt ein Phänomen, das die feministische Forschung als «globale Betreuungsketten» bezeichnet.¹⁰ Wenn Frauen wie Männer einer Erwerbsarbeit nachgehen, entsteht in den Privathaushalten eine Sorgelücke, die häufig von migrantischen Hausarbeiterinnen aufgefangen wird. Die Migrantinnen hinterlassen dabei zugleich Sorgelücken in ihren Herkunftsländern, die dort wiederum von Frauen aus noch ärmeren Ländern kompensiert werden. Das Problem verschiebt sich so entlang des zwischenstaatlichen Armutsgefälles: und der Sorgenotstand trifft am Ende aus globaler Perspektive die Ärmsten. Die gesellschaftliche Isolation, Anonymität, Entrechtung und Abhängigkeit der migrantischen Hausarbeiterinnen übertreffen vermutlich in vielen Fällen das Ausmass der Ausbeutung, mit der die Vollzeitfrau der Fünfzigerjahre konfrontiert war.

¹⁰ Vgl. **Englert, Kathrin** (2007): Globalisierte Hausarbeiterinnen in Deutschland. In: Groß, Melanie / Winker, Gabriele (Hg.): Queer-Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse. Münster. S. 79–101.
Lutz, Helma (2007): Sprich (nicht) drüber – Fürsorgearbeit von Migrantinnen in deutschen Privathaushalten. In: WSI Mitteilungen 10 / 2007. S. 554–560.
Schillinger, Sarah (2017): «Wir sind doch keine Sklavinnen!» (Selbst-)organisation von polnischen Care-Arbeiterinnen in der Schweiz. In: Fried, Barbara / Schurian, Hannah (Hg.): Umcare. Gesundheit und Pflege neu organisieren. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin. S. 32–40.

Die Rückkehr der Hausfrau als Phantomangst

Die beschriebene historische Entwicklung ist keine lineare Fortschrittsgeschichte. Folglich ist es politisch weder sinnvoll noch ausreichend, lediglich vermeintliche Erfolge zu verteidigen oder vor einem Rückfall in alte Zeiten zu warnen. Denn eines hat sich in all den Jahren nicht verändert: Die Sorgearbeit gilt heute wie seit eh und je als quasi dauerverfügbare, weiblich konnotierte Ressource, an der sich die Gesellschaft beliebig bedienen zu können glaubt. Selbst dort, wo sie bezahlt wird, ist sie einem brutalen Spardruck ausgesetzt, sodass diejenigen, die Profite einstreichen, sich nur minimal an den Kosten für die Aufrechterhaltung des Lebens und des sozialen Miteinanders beteiligen müssen.

Das Schreckgespenst der bürgerlichen Vollzeitfrau, vor dem in der Retraditionalisierungs-Debatte so einmütig wie eindringlich gewarnt wird, ist damit eher ein Phantom als eine reale Bedrohung. Frauen müssen heute keine Angst haben, an den Herd zurückgeschickt zu werden. Vielmehr müssen sie Angst haben, als chronische Burnout-Patientinnen in der Klinik zu landen. Der eigentliche Skandal besteht also nicht darin, dass Frauen mehr Sorgearbeit leisten als Männer; sondern darin, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse Sorgende in körperliche und psychische Erschöpfungszustände treiben, sie prekarisieren und ihnen ein Leben in Altersarmut in Aussicht stellen.

Autorin

Lena Böllinger arbeitet als freie Journalistin und Dozentin. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Ökonomiekritik, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie Geschichte und Gegenwart der feministischen Theorie und Praxis.



Männer bestimmen, Frauen bewältigen

Feministische Interventionen verhallen ungehört

Die durch Covid-19 ausgelöste Krise verdeutlichte die Bedeutung der Sorge- und Versorgungsarbeit für die Gesellschaft und verschärfte den Mangel an Ressourcen für ebendiese Arbeit und an politischer Repräsentation von Sorge-Arbeitenden. Ungeachtet dessen, dass Sorge-Arbeitende, insbesondere Frauen, übermässig viel zur Bewältigung der Krise beitrugen, waren es in der Überzahl nicht sorge-arbeitende Männer, die politische Entscheidungen fällten und die Krise managten.

Fehlende Daten – grosse Lücken

Obwohl Frauen und Männer von den Auswirkungen der Pandemie und den staatlichen Massnahmen zu deren Bekämpfung unterschiedlich betroffen waren, wurden viele Daten nicht nach Geschlecht getrennt erhoben. Das Fehlen von geschlechtsspezifischen Daten, welche die Berücksichtigung der spezifischen Situation von Frauen ermöglichen, ist ein generelles Problem der Datenerfassung und betrifft nicht nur die letzten zwei Jahre.

Die fehlende Daten- und Forschungslage können wir überdies in den «blinden Fleck» der Wirtschaftsstatistiken einordnen, wenn es um den Sektor der Sorge- und Versorgungsarbeit generell geht und insbesondere um die unbezahlte Arbeit und die Personen – mehrheitlich Frauen –, die diese Arbeit leisten. Sie kommen in den gängigen Wirtschaftsstatistiken nicht oder nur am Rande vor. Und das, obwohl in der Schweiz mehr unbezahlte Arbeit geleistet wird als bezahlte. Und obwohl der Sektor der Sorge- und Versorgungswirtschaft mit 70 Prozent des Arbeitsvolumens den grössten Teil der Wirtschaft ausmacht. Bei all den Analysen zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der Schweiz wird also der grösste Teil der Wirtschaft ignoriert. Diese Ignoranz setzt sich selbst dann fort, wenn dieser Sektor und die darin Beschäftigten sich inmitten einer Krise wiederfinden und eine zentrale Rolle bei der Bewältigung dieser spielen, weil ihre Arbeit zur dringend benötigten Grundversorgung gehört. Und wenn es in der Folge zu bemerkenswerten Verschiebungen dieser Arbeit kommt, zwischen den Geschlechtern einerseits und zwischen unbezahlter Arbeit und bezahlter andererseits – inklusive der damit zusammenhängenden Verschiebungen bei sozialer Absicherung und Einkommen. Auch ohne Gesundheitskrise, wie sie durch Covid-19 ausgelöst wurde, führen diese Lücken, die vorwiegend Frauen und ihre Arbeit betreffen, zu einer verzerrten und unvollständigen wirtschaftspolitischen Debatte mit grossen Auswirkungen auf unser aller Leben.

Politische Vorstösse

Die Ständerätin Eva Herzog (SP) reichte am 11. Juni 2020 die Motion «Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter» ein.¹ Der Bundesrat erachtete die von der Motionärin geforderte Aufschlüsselung aller «massgeblichen Statistiken und Studien des Bundes nach Geschlechtern», in Hinblick auf «einen ökonomischen Einsatz der Mittel als zu weitgehend».² Diese Antwort entlarvt einen weitverbreiteten Irrtum oder vielleicht auch einfach die pure Frauenfeindlichkeit der staatlichen Institutionen im Umgang mit Fragen nach Geschlecht und Geschlechtergerechtigkeit: Dass sich diese partikular unter die scheinbar «richtigen» und «wichtigen» gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen unterzuordnen hätten, statt dass sie jederzeit Ausgangspunkt gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragen sind. Entgegen des bundesrätlichen Antrags wurde die Motion von beiden Kammern angenommen.

Die enge Verknüpfung von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und Arbeit, welche für die Grundversorgung der Bevölkerung zentral ist, wurde angesichts der von Covid-19 ausgelösten Krise offensichtlich. Überall dort, wo es um die Versorgung aller ging, standen Frauen an der «Front» der Krisenbewältigung: im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Kinderbetreuung, bei der Lebensmittelversorgung und in der Reinigung. Ohne ihre – meist schlecht bezahlte und unbezahlte – Arbeit wäre die Krise nicht zu bewältigen gewesen. Finanzielle Unterstützungsmassnahmen für diese Bereiche der Wirtschaft, wie auch für die Personen, die diese Arbeit leisten, blieben bis heute jedoch weitgehend aus.³ Es scheiterte bereits an der Einführung von Instrumenten für eine gerechtere Bewältigung der Krise. Bereits am 6. Mai 2020 reichte Nationalrätin Tamara Funicello (SP) die Motion «Gender Budgeting. Für eine gerechte Bewältigung der Krise» ein, die den Bundesrat beauftragen wollte, bei der Verteilung der Gelder im Rahmen der Bewältigung der durch Covid-19 ausgelösten Krise mittels Gender Budgeting auf die Gleichbehandlung der Geschlechter zu achten.⁴ Auch hier beantragte der Bundesrat die Ablehnung: Er habe bereits wiederholt die Einführung von Gender Budgeting abgelehnt wegen des hohen Transferanteils an den Bundesausgaben und dem Erhebungsaufwand, der auch Kantone, Gemeinden und Dritte träfe. Der Nationalrat hat sich im Frühling 2022 der bundesrätlichen Ablehnung angeschlossen. Die Gelder waren zu diesem Zeitpunkt längst verteilt.

Am 19. Juni 2020 wurden zwei weitere Postulate im Nationalrat eingereicht, die dem Bundesrat bezüglich seiner Geschlechterblindheit auf die Sprünge helfen wollten. Das erste Postulat von Ursula Schneider Schüttel (SP) wollte den Bundesrat beauftragen, die Auswirkungen der Covid-Krise im Rahmen seiner allenfalls geplanten Evaluation der wirtschaftlichen Effekte geschlechtsspezifisch auszuwerten. Der Bundesrat beantragte sogar die Annahme, der Nationalrat lehnte das Ansinnen am 30. November 2020 jedoch ab.⁵ Das zweite Postulat von Melanie Mettler (GLP) verlangte, im

1 Herzog, Eva (2020): Motion 20.3588. Verbesserung der Datenlage bezüglich Auswirkungen auf die Geschlechter. Publiziert am 11.06.2020: parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203588 (Abfrage: 13.07.2022).

2 Ebd.

3 Eidgenössische Finanzverwaltung (2022): Covid-19: Auswirkungen auf die Bundesfinanzen. Publiziert am 16.06.2022: efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/brennpunkt/covid19.html#642122964 (Abfrage: 13.07.2022).

4 Funicello, Tamara (2020): 20.3397 Motion. Gender-Budgeting. Für eine gerechte Bewältigung der Krise. Publiziert am 06.05.2020: parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203397 (Abfrage: 13.07.2022).

5 Schüttel Schneider, Ursula (2020): 20.3878 Postulat. Covid-19-Krise. Geschlechterspezifische Auswirkungen. Publiziert am 19.06.2020: parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203878 (Abfrage: 13.07.2022).

Zusammenhang mit der durch Covid-19 ausgelösten Krise ein wirtschaftliches Gender-Monitoring einzurichten. Die Motion definierte, welche Indikatoren der Bund erheben solle. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung dieses Postulats mit der Begründung, dass für die verlangten Indikatoren nicht überall Daten vorliegen. Das Postulat wurde am 17. Juni 2022 abgeschlossen, weil es nicht fristgerecht im Rat traktandiert und behandelt wurde.

Unterdessen liegt im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) eine Studie zu den «Genderspezifischen Effekten der staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus Covid-19» vor.⁶ Ausgehend von den Resultaten formulierte die EKF neun Empfehlungen an die Politik. Sie verlangt unter anderem die Verbesserung der Datenlage, weil ohne diese auch für zukünftige Krisen keine zentralen Lehren gezogen werden könnten; grundsätzlich geschlechterdifferenzierte Auswertungen bei Studien, die von öffentlichen Stellen in Auftrag gegeben und mit öffentlichen Geldern mitfinanziert würden; und zukünftig eine geschlechtergerechte Ausgestaltung von Kriseninterventionsmassnahmen. Was nichts anderes heisst, als dass nötiges Fachwissen und Instrumente in Politik und Verwaltung endlich verankert werden müssen.

Nicht nur die ungleiche Vertretung von Männern und Frauen in Parlamenten und Regierung und auf Führungsebene der Verwaltung macht sich in diesen Daten- und Handlungs-Lücken bemerkbar, sondern auch das unterschiedliche Gewicht in Interessenorganisationen sowie an der Erarbeitung von Massnahmen beteiligten Fachgremien.

Repräsentation und Mitbestimmung in den Krisenbewältigungsorganen

Am 6. Juni 2020 forderte ein Bündnis aus dem Umfeld des Schweizer Frauenstreiks 10 Sitze im Krisenstab des Bundesrates Corona (KSBC). Von 14 Personen im Krisenstab waren lediglich zwei Frauen. Das sei Ausdruck der extrem ungleichen Verteilung von Macht und politischer Repräsentation zwischen den Geschlechtern. Erschwerend hinzu käme, dass gerade die Frauen über enorme Erfahrung und Expertise in jenen Bereichen der Arbeit verfügten, die für die Bewältigung der Krise zentral seien, weshalb es dringend Gesundheitspersonal, Hebammen, Kinderbetreuerinnen, Lehrpersonen, Hausfrauen und Beschäftigte aus dem Detailhandel und der Gastronomie in den Krisenbewältigungsorganen des Bundes brauche.⁷ Bundesrat Berset stellte mit dem Schreiben vom 18. Juni zwar die Prüfung des Anliegens und Verbesserung der Zusammensetzung des Krisenstabs in Aussicht. Die Stellungnahme des Bundesrates auf die Interpellation «Corona-Taskforce und Beratungsstäbe. Wo sind die Frauen?» lässt aber bereits den leisen Zweifel aufkommen, ob je eine andere Zusammensetzung ernsthaft in Betracht gezogen wurde.

6 **Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF) (2022)** (Hg.): Stutz, Heidi / Bischof, Severin / Liechti, Lena: Genderspezifische Effekte der staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus Covid-19. Schlussbericht. Bern.

7 **Bündnis aus dem Umfeld des Frauenstreiks (2020)**: Aufruf an den Bundesrat. Expertinnen in den Krisenstab des Bundes. Jetzt! Publiziert am 06.06.2020: cfd.ch.org/admin/data/files/editorial_asset/file/380/aufruf-an-den-bundesrat-krisenstab-d.pdf?lm=1591876500 (Abfrage: 11.07.2022).

Am 6. Mai 2020 reichte Nationalrätin Manuela Weichelt (Grüne) die Interpellation «Corona-Taskforce und Beratungsstäbe. Wo sind die Frauen?» ein und verlangte eine Antwort auf die Frage, weshalb die Krisenorganisation des Bundes nicht geschlechterparitätisch zusammengesetzt sei. Der Bundesrat liess daraufhin verlauten: Krisenstäbe und Taskforces innerhalb der Bundesverwaltung seien jeweils mit Personen besetzt, die spezifische Funktionen innehätten, wie etwa Amtsdirektorinnen oder Amtsdirektoren. Dies könne dazu führen, dass nur wenige Frauen in diesen Krisenbewältigungsorganisationen Einsitz nähmen. Der Bundesrat sei sich der Untervertretung von Frauen bewusst und daher bemüht, seine Bestrebungen beispielsweise im Bereich der weiblichen Kaderförderung in der Bundesverwaltung voranzutreiben.⁸ Diese Antwort zeugt von wenig Bewusstsein – oder schlicht fehlendem Interesse? – für die Dringlichkeit der Umverteilung von Macht und Entscheidungsgewalt zwischen den Geschlechtern, obwohl klar ist, dass der Einbezug von Frauen und ihren Organisationen die Krisenbewältigung eindeutig verbessert hätte.

Der Krisenstab des Bundesrats setzte sich also zusammen aus je einer Vertretung der Departemente, einem Vertreter der Bundeskanzlei und einem Vertreter der Kantone. Ebenso waren der Bundesstab Bevölkerungsschutz (BSTB) durch dessen Stabschef und die Taskforce Bundesamt für Gesundheit (BAG) durch deren Leiter vertreten. Zum Krisenstab gehörte ausserdem ein sogenanntes Soundingboard, welches aus drei Gruppen bestand: «Die Wirtschaft» wurde vertreten durch Economiesuisse-Chef Heinz Karrer. «Die Zivilgesellschaft» durch das staatslabor, einer Plattform zur «Vernetzung zwischen Experten (sic!), Zivilgesellschaft und Verwaltung».⁹ «Die Forschung» schliesslich, wurde vertreten durch den Epidemiologen Matthias Egger, der zugleich Chef der Taskforce Science war. Wieso es genau diese Gruppen waren – und beispielweise niemand aus der Pflege, aus der Bildung, oder der Kinderbetreuung –, darauf gibt es bis heute keine klare Antwort. Oder wie es Andrea Arežina formulierte, «sass so halt einfach niemand im Krisenstab, dem strategischen Organ, der hätte rückmelden können, wie sich die Lockerungen der Ruhezeiten beim Pflegepersonal auswirken, wie viele Kinder überhaupt noch in die Kitas kommen, nachdem der Bundesrat allen, die Homeoffice machen können, empfohlen hatte, die Kinder selbst zu betreuen, und was das wiederum für die Kitas finanziell bedeutet. Oder wie sich Homeoffice und Homeschooling vereinbaren lassen, ohne dabei komplett durchzudrehen.»¹⁰

Weder der Schlussbericht des KSBC selbst, noch die Berichte der Bundeskanzlei, die im Auftrag des Bundesrates sein Krisenmanagement auswerten, nehmen Bezug auf die Frage der geschlechter(un)gerechten Vertretung, noch auf zentrale fehlende Gruppen und Organisationen in den Krisenorganen.¹¹ Immerhin drei Sätze sind es der Bundeskanzlei in einem ersten Anlauf wert, um auf die Lücken im staatlichen Netzwerk und im Einbezug von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Gesundheitsverbänden aufmerksam zu machen und eine entsprechende Empfehlung an den Bundesrat zu

8 **Weichelt, Manuela** (2020): 20.3389 Interpellation. Corona-Taskforce und Beratungsstäbe. Wo sind die Frauen? Publiziert am 06.05.2020: [parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203389](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203389) (Abfrage: 13.07.2022).

9 **Staatslabor**: Publiziert ohne Datum: [staatslabor.ch/de/das-staatslabor/ansatz](https://www.staatslabor.ch/de/das-staatslabor/ansatz) (Abfrage: 11.07.2022).

10 **Arežina, Andrea** (2020): Wer managt in Bern die Corona-Krise? In: REPUBLIK, 15.05.2020: [republik.ch/2020/05/15/wer-managt-in-bern-die-corona-krise](https://www.republik.ch/2020/05/15/wer-managt-in-bern-die-corona-krise) (Abfrage: 13.07.2022).

11 **Eidgenössisches Departement des Innern** (2020): Schlussbericht Krisenstab des Bundesrats Corona, KSBC. Publiziert am 19.06.2020: [news.admin.ch/news/message/attachments/61814.pdf](https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/61814.pdf) (Abfrage: 13.07.2022) und **Bundeskanzlei** (2022): Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements der Bundesverwaltung in der Covid-19-Pandemie. 2. Phase / August 2020 bis Oktober 2021. Publiziert am 22.06.2022: [news.admin.ch/news/message/attachments/72153.pdf](https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/72153.pdf) (Abfrage: 13.07.2022).

formulieren.¹² Die zweite Evaluation formuliert immerhin eine etwas konkretere Empfehlung zur zukünftigen Organisation der wissenschaftlichen Politikberatung, welche laut Bericht Voraussetzung sei für Entscheidungsträger*innen auf Basis von «soliden Erkenntnissen die Konsequenzen ihrer Entscheidungen abzuwägen».¹³ Zu befürchten ist allerdings, dass mit dieser Empfehlung nicht unbedingt die Pflegewissenschaft, die Pädagogik, die Geschlechterforschung oder die feministische Ökonomie gemeint sind.

Mit der Aufhebung der Ausserordentlichen Lage und der Aktivierung der Besonderen Lage löste die Regierung am 19. Juni 2020 den Krisenstab des Bundesrates auf und setzte parallel dazu die Nachfolgeorganisation Covid-19 unter der Leitung des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) ein. Weiterhin blieb das Krisenmanagement auf Bundesebene weitgehend in Männerhand.¹⁴

Expertise ist männlich

Aber nicht nur in den politischen Gremien, sondern auch medial wurde die Krise und deren Bewältigung vorwiegend von Männern kommentiert. Das Jahrbuch der Qualität der Medien deckte auf, dass im Jahr 2020 lediglich in 12 Prozent aller Beiträge zur Corona-Pandemie weibliche Expertinnen oder Wissenschaftlerinnen zu Wort kamen. Im Jahr 2021 verbesserte sich der Wert zwar, blieb aber mit 21 Prozent weiterhin mager.¹⁵ Nicht nur die Einseitigkeit des Geschlechts, sondern auch die Einseitigkeit der wissenschaftlichen Perspektiven ist augenfällig. Alle befragten Wissenschaftler*innen stammten grösstenteils aus dem medizinischen Bereich. Dieser Anteil erhöhte sich in der zweiten Welle (83 Prozent) gegenüber der ersten Welle (78 Prozent) sogar noch. Sozial- und geisteswissenschaftliche Disziplinen blieben in der gesamten Berichterstattung aussen vor.¹⁶ Das ist bemerkenswert, zeigte die durch Covid-19 ausgelöste Krise gesellschaftliche Konsequenzen weit über medizinische Aspekte hinaus.

Damit wurden (und werden) zentrale Perspektiven und Fachwissen eingeschränkt, nicht nur von Frauen, aber insbesondere von Frauen. Denn sie verfügen über eine enorme Erfahrung und Expertise in Bereichen, die zur Bewältigung dieser Krise zentral waren und für Fragen des Lebensstandards und der Wohlfahrt auch weiterhin zentral sind. Trotzdem hatten sie weder als Expertinnen noch als Betroffene in der politischen, wirtschaftlichen und medialen Krisenbewältigung eine Stimme.

Feministische Interventionen

Am Mangel an feministischen Interventionen und wissenschaftlichen Empfehlungen kann die fehlende Repräsentation und Mitbestimmung von Frauen nicht liegen. In einem Diskussionsbeitrag forderte die AG Corona & Care der feminis-

12 Bundeskanzlei (2020): Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements der Bundesverwaltung in der Covid-19-Pandemie. 1. Phase / Februar bis August 2020, S. 25. Publiziert am 11.12.2020: [newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/64455.pdf](https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/64455.pdf) (Abfrage: 13.07.2022).

13 Bundeskanzlei (2022): Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements der Bundesverwaltung in der Covid-19-Pandemie. 2. Phase / August 2020 bis Oktober 2021, S. 30. Publiziert am 22.06.2022: [newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/72153.pdf](https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/72153.pdf) (Abfrage: 13.07.2022).

14 In der zweiten Phase der Pandemie ab Sommer 2020 verlagerte sich das Krisenmanagement in die föderalen Strukturen der Schweiz. Die kantonalen Strukturen erhielten mehr Gewicht.

15 Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft, Universität Zürich (2021): Jahrbuch Qualität der Medien Hauptbefunde 2021. Die Corona-Pandemie als Katalysator für die strukturelle Krise des Informationsjournalismus, S. 5. Ohne Publikationsdatum: [foeg.uzh.ch/dam/jcr:8a084f9d-b6cb-4fe9-96b4-54b3f6b8ab95/Hauptbefunde_2021.pdf](https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:8a084f9d-b6cb-4fe9-96b4-54b3f6b8ab95/Hauptbefunde_2021.pdf) (Abfrage: 13.07.2022).

16 Ebd.

tischen Organisation Wide Switzerland im Juni 2020 eine nationale Task-Force «Sorge- und Versorgungswirtschaft» mit Einbezug von Fachpersonen aus den Bereichen Kinderbetreuung, Pflege, Bildung, Soziale Arbeit, Altenpflege und anderen Gesundheitsberufen, Hauswirtschaft, Reinigung, Detailhandel, Gastronomie und weiteren personenbezogenen Dienstleistungen, unbezahlte Haus- und Familienarbeit sowie der feministischen Wissenschaft. Und darüber hinaus eine angemessene Vertretung der Frauen, das heisst mindestens 50 Prozent, in allen bereits bestehenden und zukünftigen Expert*innengremien zur Bewältigung der Krise auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden.¹⁷ Ein Appell von über 50 Frauenorganisationen brachte schon Ende Mai 2020 die Sorge zum Ausdruck, dass die Perspektive und Lebensrealität von Frauen in den Entscheidungen nicht genügend berücksichtigt werden.¹⁸ Er adressierte eine ganze Reihe von konkreten Massnahmen, die unter den diversen Organisationen im Vorfeld abgestimmt worden waren.¹⁹ Keine einzige dieser Organisationen wurde je zu einem Runden Tisch, Hearing oder ähnlichem eingeladen. Ganz im Gegensatz zum Beispiel zu Interessensvertreter*innen aus den Bereichen Sport und Kultur, was sich unter anderem in gesprochenen Unterstützungsgeldern widerspiegelte.²⁰

Bemerkenswert ist auch der Umgang mit den Empfehlungen der Swiss National COVID-19 Science Task Force.²¹ Während wir rückblickend feststellen können, dass sich diese in Bezug auf epidemiologische Massnahmen weitgehend durchsetzen konnten, erzielte ihr Policy Brief mit dem Titel: «Gender aspects of COVID-19 and pandemic response» keinerlei Wirkung.²² Und das, obwohl sie die Dringlichkeit des Einbezugs von Frauen bei der Festlegung der Massnahmen ausführlich begründet und dringend empfohlen hatte. Während in der ersten Phase der Pandemie unter dem Stichwort «systemrelevant» die Arbeit der Frauen, insbesondere in der Pflege, medial erstaunlich oft thematisiert wurde, verhallen jegliche Interventionen unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit – von Frauenorganisationen, Aktivistinnen, Politikerinnen und auch der Swiss National COVID-19 Science Task Force – in den politischen Entscheidungsstrukturen weitgehend ungehört.

Autorin

Anja Peter ist Historikerin und forschte zur Geschichte der 10. AHV-Revision. Mehrere Jahre war sie in der Gleichstellungsarbeit bei den Gewerkschaften und in der öffentlichen Verwaltung tätig. Seit über 10 Jahren arbeitet sie zu Fragen und Zusammenhängen von Sorge- und Versorgungswirtschaft und wirtschaftlicher Gleichstellung von Frauen. Seit Ende 2020 arbeitet sie als Co-Geschäftsleiterin von Economie-feministe.

17 Wide Switzerland (2020): Corona, Krise und Care-Arbeit. Sorge- und Versorgungswirtschaft ins Bundeshaus. Diskussionsbeitrag der AG Corona & Care, Debattierclub Wide Switzerland. Juni 2020: [wide-switzerland.ch/wp-content/uploads/2020/06/6.2020_Corona-Krise-und-Care-Arbeit_Diskussionsbeitrag-Wide-Switzerland.pdf](https://www.wide-switzerland.ch/wp-content/uploads/2020/06/6.2020_Corona-Krise-und-Care-Arbeit_Diskussionsbeitrag-Wide-Switzerland.pdf) (Abfrage: 13.07.2022).

18 Liechti, Dana (2020): «Frauen dürfen nicht den Preis für die Krise zahlen». Ein breites Frauenbündnis fordert mehr Gehör für die Anliegen der Frauen – auch bei der Bewältigung der Corona-Krise. In: Blick. Publiziert am 31.05.2020: [blick.ch/politik/buendnis-appelliert-an-die-politik-frauen-duerfen-nicht-den-preis-fuer-die-krise-zahlen-id15915032.html](https://www.blick.ch/politik/buendnis-appelliert-an-die-politik-frauen-duerfen-nicht-den-preis-fuer-die-krise-zahlen-id15915032.html) (Abfrage: 13.07.2022).

19 Appell an den Bundesrat und das Parlament (2020): Wann, wenn nicht jetzt? Frauen* zählen! Ohne Publikationsdatum: [ekdm.ch/wp-content/uploads/2020/06/def-de-2-3-appell-an-den-bundesrat-und-das-parlament.pdf](https://www.ekdm.ch/wp-content/uploads/2020/06/def-de-2-3-appell-an-den-bundesrat-und-das-parlament.pdf) (Abfrage: 13.07.2022).

20 Eidgenössische Finanzverwaltung (2022): Covid-19: Auswirkungen auf die Bundesfinanzen. Publiziert am 16.06.2022: [efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/brennpunkt/covid19.html#642122964](https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/aktuell/brennpunkt/covid19.html#642122964) (Abfrage: 13.07.2022).

21 MEDINSIDE (2021): Der seltsame Fall der Swiss National COVID-19 Science Task Force. Publiziert am 26.02.2021: [medinside.ch/de/post/wissenschaft-im-pandemie-modus-der-seltsame-fall-der-swiss-national-covid-19-science-task-force](https://www.medinside.ch/de/post/wissenschaft-im-pandemie-modus-der-seltsame-fall-der-swiss-national-covid-19-science-task-force) (Abfrage: 13.07.2022).

22 Swiss National COVID-19 Science Task Force (2020): Gender Aspects of COVID-19 and Pandemic Response. Publiziert am 14.05.2020: [sciencetaskforce.ch/wp-content/uploads/2020/10/Gender-aspects-of-COVID19-and-pandemic-response-14-May-20-EN.pdf](https://www.sciencetaskforce.ch/wp-content/uploads/2020/10/Gender-aspects-of-COVID19-and-pandemic-response-14-May-20-EN.pdf) (Abfrage: 15.03.2022).

Das Gesundheitswesen in der Krise

Erfahrungen und Forderungen aus der Pflege und Geburtshilfe

Die Covid-19-Pandemie verdeutlichte die Bedeutung der geleisteten Arbeit von Gesundheitsfachpersonen und die Wichtigkeit eines gut funktionierenden Gesundheitssystems. Gleichzeitig steigen aufgrund der prekären Arbeitsbedingungen immer mehr Pflegende und Hebammen aus dem Beruf aus. Im November 2021 wurde die Pflegeinitiative von der Schweizer Stimmbevölkerung angenommen. Trotz des aktuellen Pflegegenotstandes läuft die Umsetzung schleppend und die Diskussion wird, bei nach wie vor hoher gesellschaftlicher Relevanz, zunehmend aus der Öffentlichkeit verbannt. Im folgenden Text wird aus pflegerischer und geburtshilflicher Perspektive erörtert, wie es Berufsangehörigen in ihrem Alltag geht, der von marktwirtschaftlicher Leistung, Effizienz und Produktion definiert wird. Die aufgeführten Zitate geben der aktuell erlebten Situation eine Stimme und stehen stellvertretend für viele alltäglich ähnlich erlebte Situationen von Berufsangehörigen. Abschliessend wird aufgeführt, was Pflegefachpersonen und Hebammen aus Autorinnensicht benötigen, um qualitativ hochstehende Arbeit leisten zu können, die im Sinne der Empfänger*innen steht und die sich zu angemessenen Konditionen für die Berufsangehörigen ausführen lässt.

1 Im Frühjahr 2020 haben weltweit unzählige Menschen, welche pandemiebedingt zu Hause bleiben mussten, von ihren Balkonen und Fenstern applaudiert, um sich bei Gesundheitsfachpersonen für ihren Einsatz während der Covid-19-Pandemie zu bedanken.

2 Regula, 47 Jahre, Familienfrau und Pflegefachfrau seit 1997, arbeitet in einem Universitätsspital.

Systemrelevant und doch nicht gesehen

Viele erinnern sich noch gut an den Applaus, den Gesundheitsfachpersonen in der ersten Coronawelle erhalten haben.¹ Doch der Dank allein reicht nicht aus, da er weder Überstunden stoppt, noch Burnout oder Berufsausstieg verhindert oder die Lebenskosten deckt. Die erfahrende Wertschätzung, aber fehlende Unterstützung, kennt auch Regula, erfahrene Pflegefachfrau:

Regula: «Seit über 20 Jahren arbeite ich in der Pflege in verschiedenen Bereichen. Ich weiss, dass ich einen sinnstiftenden Beruf ausübe und ich spüre von den betreuten Patient*innen viel Dankbarkeit und Wertschätzung. Gleichzeitig fühle ich mich nicht gesehen, nicht anerkannt, ausgenutzt und überarbeitet. Ein Gefühl, das sich während der Pandemie noch verstärkt hat.»²

Auch im Hebammenberuf schildern Berufsangehörige ähnliches. Maria benennt folgendes:

Maria: «Ich bin stolz darauf, Hebamme zu sein und verstehe jede, die aus dem Beruf aussteigt. Die Arbeitsbelastung ist enorm und die Arbeitsbedingungen sind schlecht: Zu wenig Personal, Schicht- und Wochenendarbeit zu schlechtem Lohn, lange Schichten, kaum zu vereinbaren mit Familie,

zu wenig Pausen, tägliche Mehrfachbetreuungen und Überbelastung, Überzeit. Leider bin ich immer wieder froh, dass während meiner Schicht niemand zu Schaden kam, weil ich wegen Überbelastung die Sicherheit nicht zu jedem Zeitpunkt gewährleisten konnte.»³

Im März 2020 wurde geklatscht – doch was passiert jetzt? Wie geht es «uns» in einem Alltag, der von marktwirtschaftlicher Leistung, Effizienz und Produktion definiert wird?⁴

Am 28. November 2021 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Pflegeinitiative mit 61 Prozent angenommen. Es ist die erste nationale gewerkschaftlich berufspolitische Initiative überhaupt, die gewonnen wurde. Die Initiative ist für die Stärkung des Pflegeberufes wie auch anderer Gesundheitsberufe von grosser Bedeutung. Einerseits, um von seinem im Krankenversicherungsgesetz verankerten Status des Hilfeberufes weg zu kommen und andererseits, um mit konkreten Forderungen den Pflegenotstand zu beseitigen. Die Kernforderungen lauteten: die Arbeitsbedingungen verbessern, um eine qualitativ gute Pflege garantieren zu können, selbstständige Abrechnung für Pflegeleistungen mit den Krankenkassen, um Leerläufe zu beheben, eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen sowie ein den Kompetenzen entsprechender Einsatz des Personals, um die Arbeit attraktiv zu halten. Die Forderungen werden auch von anderen Gesundheitsberufen, wie beispielsweise Hebammen getragen. Durch die Initiative sollen die Arbeitszufriedenheit erhöht und Berufsausstiege verzögert, vermindert und verhindert werden. Dadurch reduziert sich zudem das Komplikations- sowie Morbiditätsrisiko für Patient*innen. Um dem Personalexitus entgegenzuwirken, soll mehr Personal ausgebildet werden.⁵ Die Covid-19 Pandemie verdeutlicht(e), dass Gesundheitsfachpersonen – wie viele andere Berufsgruppen – systemrelevant sind. Es ist anzunehmen, dass Covid-19 sowohl bei der Erstreitung des Gegenvorschlags durch den Bundesrat und das Parlament, welcher Teile der Initiative sofort aufgegriffen und in Kraft gesetzt hätte – inklusive einer Milliarde Schweizer Franken auf acht Jahre verteilt – als auch in der Abstimmungsdebatte sowie dem deutlichen Abstimmungsresultat sehr relevant war. Die zwei Jahre Pandemie haben die langjährige bestehende Grundproblematik in der Pflege verdeutlicht. Dies bestätigen für die Pflege repräsentative Stellen wie der Berufsverband oder Fachgesellschaften.⁶ Der wirtschaftliche Druck wird direkt ans Pflegepersonal weitergegeben, da die Abrechnung von Leistungen viel Zeit beansprucht und somit weniger für die Pflege von Patient*innen zur Verfügung steht.⁷

Pflege- und Hebammennotstand

Trotz Verpflichtung infolge der erfolgreichen Abstimmung zur Pflegeinitiative zeigt sich die Umsetzung schleppend. Am 25. Mai 2022 hat der Bundesrat das Paket 1 zur Umsetzung der Pflegeinitiative verabschiedet, welches am

3 Maria, 35 Jahre, Familienfrau und Hebamme BSc seit 2021, arbeitet in einem Universitätsspital.

4 Der Text entstand aus der Perspektive von Hebammen und Pflegefachpersonen. Er kann deshalb nicht auf alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen übertragen werden. Gleichzeitig denken wir, dass viele Gesundheitsfachpersonen mit ähnlichen Herausforderungen und Problemen konfrontiert sind.

5 **Verein JA zur Pflegeinitiative** (2021): Das sind unsere Argumente. In: Krankenpflege, 10/2021, S. 12.
Verein für Pflegewissenschaften (VFP) (2021): Pflegeinitiative. Unterstützung der Pflegeinitiative. Publiziert am 05.10.2021: vfp-apsi.ch/aktuelles/pflegeinitiative (Abfrage: 21.07.2022).

6 **Notfallpflege Schweiz** (2022): Das Pflegepersonal der Schweizer Notfallstationen ist konstant überlastet. Publiziert am 19.07.2022: [notfallpflege.ch/files/ Demo/ Dokumente/News/notfallpflege_schweiz_stellungnahme_ueberlastung_notfallpflegende_19.07.2022.pdf](https://notfallpflege.ch/files/Demo/Dokumente/News/notfallpflege_schweiz_stellungnahme_ueberlastung_notfallpflegende_19.07.2022.pdf) (Abfrage: 21.01.2022).
Schweizerischer Berufsverband für Krankenpflege (SBK) (2022): Pflegeinitiative: SGK-S erkennt Dringlichkeit und heisst 1. Etappe zur Umsetzung gut. Publiziert am 01.07.2022: sbk.ch/aktuell/news-single/pflegeinitiative-sgk-s-erkennt-dringlichkeit-und-heisst-1-etappe-zur-umsetzung-gut (Abfrage: 21.07.2022).

7 **Schweizerischer Berufsverband für Krankenpflege (SBK)** (2022). Pflegeinitiative: SGK-S erkennt Dringlichkeit und heisst 1. Etappe zur Umsetzung gut. Publiziert am 01.07.2022: sbk.ch/aktuell/news-single/pflegeinitiative-sgk-s-erkennt-dringlichkeit-und-heisst-1-etappe-zur-umsetzung-gut (Abfrage: 21.07.2022).

1. Juli 2022 auch von der Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Ständerates ohne Änderungen angenommen wurde.⁸ Das Paket bezieht sich insbesondere auf die im Gegenvorschlag geforderte Ausbildungsoffensive. Der SBK und die Gewerkschaft VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) fordern eine raschere Umsetzung. Es sollen mehr Personen ausgebildet werden. Gleichzeitig häufen sich Berichte von jungen Menschen, die bereits während der Ausbildung emotional erschöpft sind und am Rande eines psychischen Zusammenbruchs stehen.⁹ Sie erleben insbesondere während den Praktika grossen Stress und tragen (zu) viel Verantwortung.

Es fehlt an Hebammen und Pflegefachpersonen. Die Rate an Berufsausstieger*innen¹⁰ im Gesundheitswesen ist hoch, wie der aktuelle Bericht des Schweizerischen Gesundheitsobservatorium aufzeigt.¹¹ So wurden in den Jahren 2016–2018 bei Pflegefachpersonen 42.5 Prozent an Berufsausstiegen verzeichnet. Bei den Hebammen waren es sogar 43.3 Prozent. Ein Fünftel der Pflegefachpersonen arbeitet ausserhalb des Gesundheitssektors, knapp ein Sechstel der Hebammen sind nicht mehr erwerbstätig.¹² Die Ausstiegsrate nimmt mit steigendem Alter zu. Gründe für den Berufsausstieg sind vielfältig. Genannt werden mangelnde Identifikation mit dem Beruf, zu wenig Zeit für das Privatleben oder ungenügende Unterstützung durch die Vorgesetzten.

Auch arbeitsbedingter Stress, schlechte Arbeitsbedingungen und Unzufriedenheit mit der Entlohnung spielen eine wichtige Rolle und stehen im Zusammenhang mit einer erhöhten Absicht von Gesundheitsfachpersonen, ihren Beruf frühzeitig zu verlassen.¹³ Gemäss dem nationalen Projekt «Work-related Stress Among Health Professionals in Switzerland» (STRAIN) sind Pflegenden und Hebammen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen höheren emotionalen und körperlichen Anforderungen ausgesetzt. Sie weisen eine niedrigere Arbeitszufriedenheit auf und denken häufiger über einen Berufsausstieg nach. Gemäss Peter, Renggli et.al (2021) können im Arbeitsalltag 28 Prozent der Hebammen ihre gesetzlich festgelegten Pausenzeiten selten bis nie einhalten.¹⁴ In der Pflege werden bei knapp einem Fünftel der Befragten die gesetzlich geregelten Ruhezeiten zwischen zwei Schichtdiensten oft bis immer nicht eingehalten.¹⁵

Die Berufsausstiege und stark limitierten Ausbildungsplätze verstärken den Personalnotstand im Gesundheitswesen. Laut dem SBK wies der Jobradar im Mai 2022 13'255 offene Stellen im Pflegebereich aus. Das sind fast 1'000 mehr als Ende 2021.¹⁶ Auch bei den Hebammen steht die hohe Anzahl Berufsausstieger*innen in einem Spannungsverhältnis mit den steigenden Geburtenzahlen, der zunehmend interventionsreichen sowie medikalisierten Geburtshilfe, den aktuellen Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften, dass Frauen unter der Geburt eine Eins-zu-eins Betreuung¹⁷ durch die Hebamme erhalten sollen¹⁸ und Berichten von Frauen, die unter anderem aufgrund der problematischen Strukturbedingungen (personelle Unterbesetzung, mehrere

8 Ebd.

9 **Boss, Catherine** (2022): Dann weine ich, will einfach weg – so schnell wie möglich. In: Der Bund. Publiziert am 16.08.2022: [derbund.ch/dann-weine-ich-will-einfach-weg-so-schnell-wie-moeglich-772041962530](https://www.derbund.ch/dann-weine-ich-will-einfach-weg-so-schnell-wie-moeglich-772041962530) (Abfrage: 22.07.2022).

10 Unter Berufsaustritt wird verstanden, wenn eine Person mit einer Qualifikation in einem Gesundheitsberuf nicht mehr erwerbstätig ist, nicht mehr auf diesem Beruf arbeitet oder nicht mehr einen Beruf im Gesundheitswesen ausübt.

11 **Schweizerisches Gesundheitsobservatorium** (2021): Berufsaustritte und Bestand von Gesundheitspersonal in der Schweiz. S. 6. Publiziert am 18.06.2021: obsan.admin.ch/sites/default/files/obsan_01_2021_bericht_0.pdf (Abfrage: 24.06.2022).

12 Ebd.

13 **Peter, Karin / Grylka, Susanne / Golz, Christoph / Hahn, Sabine** (2020): Nachhaltiges Personalmanagement in Zeiten knapper Ressourcen. In: *Obstetrica*, Heft 12. S. 8f.

14 **Peter, Karin / Renggli, Fabienne / Schmid, Xenia / Lazarevic, Tanja / Bürgin, Reto / Kunz, Stefan / Voirol, Christian / Hahn, Sabine** (2021): Arbeitsbedingter Stress bei Gesundheitsfachpersonen in der Schweiz. Abschlussbericht STRAIN für die Berufsgruppe Pflege und Hebammen. Publiziert am 02.03.2021: bfh.ch/dam/jcr:8ba53a94-7037-4303-b535-924fb5869b20/STRAIN_Abschlussbericht_Pflege_Hebammen_de.pdf (Abfrage: 08.08.22).

15 Ebd.

16 **SBK** (2022): Internationaler Tag der Pflege. Publiziert am 12.05.22: sbk.ch/aktuell/news-single/internationaler-tag-der-pflege-monatlich-steigen-300-pflegende-zusätzlich-aus (Abfrage: 24.06.2022).

Geburten gleichzeitig, überfüllte Geburtenabteilungen) Gewalt unter der Geburt erlebt haben.¹⁹ Für Maria prägen diese Widerstände den beruflichen Alltag. Ein Jahr nach der Diplomierung denkt sie manchmal bereits an den Ausstieg und wünscht sich, dass sie als Hebamme mehr gesehen wird:

Maria: «Auch wir Berufspersonen sind neben unseren Klient*innen in dieser Geschichte Opfer. Nämlich Opfer der Gesundheitspolitik. Das macht mich wütend und verursacht grosse Angst. Es ist ermüdend und frustrierend fast täglich vor Schichtbeginn feststellen zu müssen, dass wir zu wenig Personal sind. Genauso ermüdend ist es, die wöchentlichen Anfragen zum Einspringen zu beantworten. Wenn ich nach einem 10-stündigen Arbeitstag und einer Pause von 30 Minuten mit Kopfschmerzen ins Bett falle, will ich keine Hebamme mehr sein. Zu wenig Personal und viele Arbeitsausfälle führen dazu, dass ich meinen Ansprüchen an mich als Berufs- und Familienfrau oftmals nicht gerecht werden kann.»

Verschärfung der prekären Arbeitsbedingungen

Die Belastung wird insbesondere dann verschärft, wenn neben der Care-Arbeit im Dienstleistungssektor auch noch Care-Arbeit im privaten Raum verrichtet wird. Davon sind viele im Gesundheitswesen tätige Personen betroffen, da Pflege und Hebamme ein Beruf ist, der nach wie vor überwiegend durch Frauen ausgeübt wird. Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) beträgt der Anteil der Frauen je nach Pflegeversorgungsbereich zwischen 83.3 (Spital) und 86.6 (Pflegeheime) Prozent.²⁰ Zudem ist bekannt, dass Frauen deutlich mehr unbezahlte Arbeit zu Hause verrichten und unter dem Mental-Load, der zum Beispiel im Zusammenhang mit der Organisation der Kinderbetreuung steht, leiden als Männer.²¹ So hat auch Regula erlebt, dass die Kita-Plätze eines Spitals begrenzt und für Regula kaum vereinbar mit einem unregelmässigen Dienstplan sind:

Regula: «Jedes Jahr wechselten die Kindergartenpläne bzw. Stundenpläne. Das heisst jedes Jahr musste kurzfristig die Betreuung umorganisiert werden. Die Tagesschule beginnt erst um 7 Uhr oder 7.30 Uhr, wie soll ich um 7 Uhr im Spital beginnen? Wer holt mein Kind ab, wenn ich wieder mal Überzeit leisten muss?»

Während der Covid-19-Pandemie haben sich aber auch die prekären Bedingungen am Arbeitsplatz, die bereits schon vor der Pandemie bestanden, für die Gesundheitsfachpersonen selbst weiter zugespitzt. So wurde auf gewissen klinischen Abteilungen beispielsweise das Arbeitszeitgesetz²² aufgehoben, was konkret bedeutete: Arbeit auf Abruf, Pikettdienste, 12-Stunden Schichten und Überzeiten. In vielen Kantonen erhielten Gesundheitsfachpersonen nicht ausreichend Schutzmaterial. Regula beschreibt dies wie folgt:

17 Diese wird definiert als «nicht medizinische Betreuungsmassnahmen sowie emotionale Unterstützung und Bereitstellung von Informationen und Fürsprache für die Frau während der aktiven Eröffnungs- und Austreibungsphase durch ein und dieselbe Hebamme».

18 **Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften** (2020): Vaginale Geburt am Termin. S. 17. Publiziert am 22.12.2020: awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-083k_S3_Vaginale-Geburt-am-Termin_2021-01_1.pdf (Abfrage: 20.07.2022).

19 **Jung, Tina** (2022): Gewalt unter der Geburt hat System. In: Deutsche Hebammen Zeitschrift, Heft 3. S.20–24.

20 **Bundesamt für Statistik (BFS)** (2020): Pflegepersonal 2018. S. 4. Publiziert am 26.06.2020: dam-api.bfs.admin.ch/hub/api/dam/assets/13267934/master (Abfrage: 11.08.2022).

21 **Eidgenössische Kommission dini Mueter** (2022). Aktionen. Publiziert am 14.06.2022: ekdm.ch/aktionen (Abfrage: 11.08.2022).

22 **Aussetzung der Arbeits- und Ruhezeitvorschriften des Arbeitsgesetzes (ArG):** Der Bundesrat setzte mit Art. 10a Abs. 5 der Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19 Verordnung 2, SR 818.101.24) die Geltung der Arbeits- und Ruhezeitbestimmungen des Arbeitsgesetzes (ArG) per 21. März 2020 so lange aus, wie es die ausserordentliche Lage erforderte. Diese Ausnahmeregelung war explizit nur in den Spitalabteilungen anwendbar, die infolge der COVID-19-Erkrankungen eine massive Zunahme der Arbeit erfuhren und wurde vom Bundesrat am 20. Mai 2020 auf den 1. Juni aufgehoben.

Regula: «Am Anfang der Pandemie kam ich mir vor wie Kanonenfutter. Es gab nicht genügend Masken für uns Gesundheitsfachpersonen und ich hatte Angst um meine eigene Gesundheit und die meiner Familie. Die Betreuung durch die Schule fiel weg, ich teilte mir mit einer anderen Mutter aus dem Gesundheitswesen das Homeschooling für unsere Kinder, weil mein Mann ebenfalls im Gesundheitssystem Arbeit auf Abruf und 12-Stunden-Schichten verrichten musste. Ich arbeitete also oder betreute und unterrichtete 6 Wochen am Stück.»

Freiberuflich tätige Hebammen organisierten sich die am Arbeitsplatz fehlenden Masken beispielsweise bei Bau- und Gartenfirmen.²³ Dienstleistungen wie Schwangerschaftskontrollen in den Spitälern wurden minimiert, Besuchsmöglichkeiten verboten und Wöchnerinnen kurz nach der Geburt entlassen. Gesundheitsfachpersonen waren verantwortlich, die Betreuung aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die eigene, wie auch die Gesundheit der betreuenden Familien zu schützen.²⁴ Für die Betreuungsleistungen auf Distanz (z.B. Telefon, digitale Medien) erfolgte teilweise keine adäquate finanzielle Entschädigung.²⁵

Der Spitalpflegereport – eine jährlich erhobene Umfrage beim Pflegepersonal in Schweizer Spitälern – zeigt eine deutliche Zunahme der Stress- und Arbeitsbelastung während der ersten Covid-19-Welle, insbesondere auf den Not- und Intensivabteilungen.²⁶ Die höhere Belastung und der verstärkte Zeitdruck nahmen gemäss der Studie von der ersten zu den zwei darauffolgenden Covid-19-Wellen noch deutlich weiter zu, gepaart mit einer zunehmend grösseren emotionalen Erschöpfung bei den Pflegenden.²⁷ Im Gegensatz zur sogar leicht gestiegenen Motivation des Pflegefachpersonals während der ersten Welle,²⁸ sank die Arbeitszufriedenheit in der zweiten und dritten Covid-19-Welle stark.²⁹ Auch die Wahrscheinlichkeit in zwei Jahren noch dem Pflegeberuf nachzugehen, sank bei den befragten Personen um 7% seit Beginn der Pandemie.³⁰ Die gesunkene Arbeitszufriedenheit wird hauptsächlich durch den hohen Zeitdruck, den grossen emotionalen Stress und das Betroffensein von Schlafstörungen begründet.³¹ Die hohe Belastung des Berufes auf die eigene Gesundheit kennt auch Maria:

Maria: «Wir alle leisten viel zu viel und übergehen täglich unsere Grenzen, weil niemand die Gesundheit einer anderen Person gefährden möchte. Die eigene Gesundheit bleibt dabei leider oft auf der Strecke. Man beklagt sich täglich. Ändern tut sich jedoch meist erst etwas, wenn es zu einem Vorfall kommt. Weil die Sicherheit immer wieder nicht gewährleistet werden kann. Jede hofft, dass es nicht bei ihr geschieht. Für die betroffene Zuständige ist es schlimm. Denn sie kann nichts dafür, es hätte uns allen passieren können. Wir Anderen hatten diesmal einfach Glück. So kann man auf die Dauer nicht gesund bleiben und arbeiten.»

23 Jones, Naomi (2020): Keine Masken für freischaffende Hebammen. In: Der Bund. Publiziert am 20.03.2020: [derbund.ch/keine-masken-fuer-freischaffende-hebammen-497294455238](https://www.derbund.ch/keine-masken-fuer-freischaffende-hebammen-497294455238) (Abfrage: 22.07.2022).

24 Schweizerischer Hebammenverband (2020): Medienmitteilung Internationaler Hebammentag am 5. Mai 2020. Publiziert am 06.05.2020: [zhaw.ch/storage/gesundheitswesen/institute-zentren/ihb/news/SHV_Medienmitteilung_5.5.2020.pdf](https://www.zhaw.ch/storage/gesundheitswesen/institute-zentren/ihb/news/SHV_Medienmitteilung_5.5.2020.pdf) (Abfrage 15.07.2022).

25 Gemperle, Michael / Grylka, Susanne / Klamroth-Marganska, Verena / Ballmer, Thomas / Gantschnig, Brigitte / Pehlke-Milde, Jessica (2021): Betreuen auf Distanz während des Lockdowns im Frühjahr 2020. In: *Obstetrica*, Heft 5. S. 8–12.

26 Arnold, Markus / Posch, Arthur (2021): Auswirkungen der ersten Covid-19-Welle auf Pflegefachkräfte in Schweizer Spitälern. Spitalpflegereport Schweiz 2020. Bern. S. 2&6.

27 Arnold, Markus / Posch, Arthur / Selhofer, Lynn (2021): Auswirkungen der zweiten und dritten Covid-19-Welle auf Pflegefachpersonen in Schweizer Spitälern. Spitalpflegereport Schweiz 2021. Bern. S. 2, 6&7.

28 Arnold, Markus / Posch, Arthur (2021): Auswirkungen der ersten Covid-19-Welle auf Pflegefachkräfte in Schweizer Spitälern. Spitalpflegereport Schweiz 2020. Bern. S. 2&8.

29 Arnold, Markus / Posch, Arthur / Selhofer, Lynn (2021): Auswirkungen der zweiten und dritten Covid-19-Welle auf Pflegefachpersonen in Schweizer Spitälern. Spitalpflegereport Schweiz 2021. Bern. S. 2&9.

30 Ebd., S. 10.

31 Ebd.

Spardruck im Gesundheitssystem

Der Alltag hat oft nichts mehr mit dem gesellschaftlich romantisierten Bild des Pflege- und Hebammenberufes zu tun. Auch Regula kennt die Situation. Durch die hohe Arbeitsbelastung verliert der Job je länger desto mehr an Attraktivität. Sie findet es erstaunlich, dass es überhaupt noch Personen gibt, die den Beruf erlernen und längere Zeit in ihm verweilen:

Regula: «Ich wurde beim letzten Einstellungsgespräch gefragt, auf was ich beruflich am meisten stolz bin. Ich habe geantwortet, neben meinen ganzen Aus- und Weiterbildungen, bin ich vor allem stolz, dass ich immer noch im Beruf bin und jetzt wieder in der direkten Pflege. Der Stress ist für Pflegende mittlerweile so hoch, dass wir täglich Angst haben, gravierende Fehler zu begehen. Das ist in meinem Umfeld ein wichtiger Grund für den Berufsausstieg.»

Ein Beruf, in dem die Abläufe nur dann funktionieren, wenn in der Maschine alle Zahnräder funktionieren und es keine Zwischenfälle gibt. Aber auch unter diesen Zuständen, ist die anstehende Arbeitslast kaum zu bewältigen. Auch wenn der offizielle Schichtbeginn erst um 7:00 Uhr ist, lesen sich viele der Teamkolleg*innen aus der Pflege bereits eine halbe Stunde vor Schichtbeginn in die Pflegedokumentation ein, damit sie die anstehende Arbeitsmenge bewältigen können, meint Regula. Zeit, die aufgewendet, jedoch finanziell nicht entschädigt wird. Arbeitsabläufe werden sowohl im Hebammen- als auch im Pflegeberuf verdichtet und an die neoliberalen sowie kapitalistischen Strukturen angepasst. Um die Pflegequalität, trotz Personalmangel und Zeitmangel, gewährleisten zu können, wird vielerorts in Spitälern das Lean Management eingeführt, durch welches Effizienz sowie Effektivität der pflegerischen Dienstleistungen gesteigert werden soll.³² Dabei werden zwingend notwendige gesamtorganisatorische Strukturwandel vernachlässigt. Gesundheitsfachpersonen werden zu Maschinen gemacht, die unermüdlich funktionieren müssen, damit das System läuft. Dabei kann nur ein kleinteilig angepasster Lean Management-Ansatz mehr Zeit und Raum für Patient*innen schaffen.³³ Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens verdeutlicht sich im Tarifsystem Swiss DRG (Swiss Diagnosis Related Groups). Dieses wurde im Jahr 2012 eingeführt, um Kosten im stationären Bereich einzudämmen und gleichzeitig den Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Versorgung zu gewährleisten. Das DRG-System regelt die Vergütung der stationären Spitalleistungen durch an Diagnosen geknüpfte Fallpauschalen schweizweit einheitlich und wird in Spitälern und Geburtshäusern angewendet.

Kosten sollen aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive gesenkt werden. Gleichzeitig werden dadurch paradoxerweise mehr Kosten generiert und falsche Anreize geschaffen. Interventionsarme Geburten werden im Gegensatz zu Geburten mit Interventionen, wie zum Beispiel dem Kaiserschnitt, tiefer

32 Spiegel, Anna-Lena / Oldhafer, Martina (2020): Lean Management – Zeit für Patienten schaffen. In: Oldhafer, Martina et al. (Hg.): Arbeitsbuch zu Change Management in Gesundheitsunternehmen. Wiesbaden. S. 114.

33 Ebd., S. 113.

entschädigt. Das führt zu einer zunehmend medikalisierten Geburtshilfe. In der Schweiz aber auch in den umliegenden Ländern wie beispielsweise Deutschland werden zunehmend kleine, ländliche und auf interventionsarme Geburten fokussierte Abteilungen geschlossen. Dadurch wird die Problematik einer marginalisierten geburtshilflichen Versorgung verstärkt. Leistungen, die auf einer Beziehungs- und Betreuungsebene vollbracht werden, wie beispielsweise emotionale Unterstützung, Massage unter der Geburt oder Krisenbewältigung, können nicht abgerechnet werden. Die Schweiz zeichnet sich durch ihre qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung aus. Gleichzeitig können nicht medizinische Betreuungsleistungen, die für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung zwingend notwendig sind, nicht abgerechnet werden.

34 **Vida** (2019): «Mehr von uns. Besser für alle.» Neue Offensive für mehr Personal in den Krankenhäusern. Publiziert am 04.09.2019: [vida.at/cms/S03/S03_4.5.8.a/1342616262921/kollektivvertrag/gesundheit/mehr-von-uns-besser-fuer-alle-neue-offensive-fuer-mehr-personal-in-den-krankenhaeusern](https://www.vida.at/cms/S03/S03_4.5.8.a/1342616262921/kollektivvertrag/gesundheit/mehr-von-uns-besser-fuer-alle-neue-offensive-fuer-mehr-personal-in-den-krankenhaeusern) (Abfrage: 11.08.2022).

Mehr von uns ist besser für alle

Es fehlt an Zeit und weiteren Ressourcen, eine gute Gesundheitsversorgung unter guten Bedingungen zu leisten. Es fehlt an Zeit, den persönlichen Alltag mit den bestehenden Strukturen zu vereinbaren. Es fehlt an Zeit (bereits in der Ausbildung), auf die eigene körperliche und psychische Gesundheit zu achten. Damit weitere Berufsausstiege, Überstunden, Überlastungen sowie Krankschreibungen verhindert werden können und eine qualitativ hochstehende Pflege weiterhin möglich ist, braucht es jetzt konkrete Massnahmen, die ergriffen werden. Besonders der Bund und die Kantone sind in der Pflicht, da diese als Finanzierende einen wichtigen Einfluss haben. Denn Interessen von Gesundheitsfachpersonen sind auch gesellschaftliche Interessen, wie der Slogan der österreichischen Gewerkschaft **vida** «Mehr von uns ist besser für alle» treffend besagt.³⁴

Maria wünscht sich:

Maria: «[...] einen Berufsalltag mit angemessener Arbeitsbelastung erleben zu können. Nicht einer permanenten Überlastung und Überforderung ausgesetzt zu sein. Die mir zustehenden Pausen jeweils machen zu können. Zukünftige Berufskolleginnen mit der ihnen zustehenden Zeit und Betreuung ausbilden zu können. Weniger einzuspringen und weniger Überzeit leisten zu müssen. Mir die nötige Zeit nehmen zu können für die Eltern und ihre Kinder. Nicht nur jeweils das zwingend Notwendige machen zu können, sondern auch vorausschauend und präventiv zu arbeiten. Auszuwählen, welche zwei Schichten ich arbeiten möchte und nicht alle drei Schichten abdecken zu müssen. Als Familienfrau fixe Arbeitstage zu haben. Dass grosszügiger Stellenprozente gesprochen würden und sich Menschen für die offenen Stellen finden liessen. Dazu müssten sich jedoch die Arbeitsbedingungen ändern.»

Es braucht die gesundheitspolitische sowie gesellschaftliche Anerkennung von Arbeitsmodellen, welche die Zufriedenheit und Gesundheit von Personal,

Klient*innen sowie Patient*innen fördern. Hebammengeleitete Modelle beispielsweise, in denen die fachliche Verantwortung für die Schwangerschaft, die Leitung der Geburt und die Betreuung des Wochenbettes bei den Hebammen liegt, sollten weiterentwickelt und etabliert werden.

Maria: «Der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) hebt in seinem Positionspapier «Professionelle Pflege Schweiz» Caring als zentrales Element, als zentrale Qualität der professionellen Pflege hervor.³⁵ Caring bedeutet in diesem Sinne, sich um jemanden zu kümmern, sich auf jemanden mit Wertschätzung einzulassen. Caring beruht auf einer Beziehung zwischen Betreuten und Pflegenden und ist geprägt von Zuwendung, Einfühlsamkeit und Anteilnahme. Es geht um Engagement, Mitgefühl, Vertrauen, Fürsprache, menschlichen Beistand, umfasst Begleitung zur Alltagsbewältigung, Beratung und Unterstützung und Einbezug von persönlichen Ressourcen zur Förderung von Gesundheit, Autonomie und Lebensqualität sowie professionelle Fürsorge für die Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen. Diese Definition ist für mich zu einer Leitlinie geworden und das tiefere Verständnis dafür hilft mir, mich auch in schwierigen Situationen zu besinnen und stimmige Entscheidungen zu treffen. So möchte doch eigentlich jeder von uns gepflegt und betreut werden und dafür brauche ich als Pflegende Zeit.»

In der Pflege sollten der Fachkräftemangel noch mehr angegangen werden und in die Ausbildung von künftigen Pflegefachpersonen investiert werden. Zudem sollen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die weitere Berufsausstiege verhindern und eine menschenwürdige Pflege im Sinne der Patient*innen ermöglichen und Berufsausübende lange zu gesundheitserhaltenden und familienfreundlichen Bedingungen beschäftigen.

Während in der Industrie Abläufe verschlankt werden können und auf eine schnellere Produktion abzielen, können Patient*innen nicht schneller gepflegt und Babies nicht schneller geboren und versorgt werden, ohne dass auch die Arbeit oder die Arbeitsbedingungen darunter leiden.³⁶ Ebenso sollten die durch die Betreuungsfachpersonen geleistete Arbeit angemessen durch die Kostenträger vergütet werden. Eine gute Gesundheitsversorgung sollte als Service public gelten, der etwas kosten darf und zeitliche Ressourcen benötigt.

35 SBK (2011): Professionelle Pflege Schweiz. Perspektive 2020. Publiziert 2011: [sbk.ch/files/Shop/publikationen_de/1169/Perspektive2020-dt.pdf](https://www.sbk.ch/files/Shop/publikationen_de/1169/Perspektive2020-dt.pdf) (Abfrage: 11.08.2022).

36 Economiefeministe (2022): Sorge- und Versorgungswirtschaft. Der vierte und grösste Wirtschaftssektor. Publiziert ohne Datum: economiefeministe.ch/themen/sorge-und-versorgungswirtschaft (Abfrage: 11.08.2022).

Autorinnen

Loreen Errass ist Pflegefachperson und blickt auf zwanzig Jahre Erfahrung im Pflegeberuf zurück. Seit 2021 erwirbt sie berufs begleitend den Titel Bachelor in Pflege und ist in einem Universitätsspital in der Pflege tätig.

Anina Häfliger ist Sozialanthropologin MA und Hebamme BSc. Mehrere Jahre hat sie in einem Universitätsspital als Hebamme gearbeitet. Seit 2017 ist sie an der Berner Fachhochschule im Bachelorstudiengang Hebamme als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig und engagiert sich zudem berufspolitisch im Vorstand der Sektion Bern, Schweizerischer Hebammenverband. Sie interessiert sich für Fragen rund um Diversität in der Geburtshilfe und feministische Mutterschaft(en).

Meret Schindler ist Pflegefachfrau HF und hat nach rund zehn Jahren in öffentlichen Spitälern die Rolle gewechselt und ist seit 2018 Gewerkschaftssekretärin beim VPOD. Dort betreut sie das Spitaldossier im Kanton Bern. Sie ist Grossrätin im Kanton Bern, Co-Präsidentin der SP Stadt Bern und engagiert sich u.a. im Vorstand des Mieterinnen- und Mieterverbands. Nebst diversen Mitgliedschaften ist sie ebenfalls SBK-Mitglied.

Lirija Sejdi ist Soziologin MA. Nach mehreren Jahren in der angewandten Forschung an der Fachhochschule Nordwestschweiz und am Bundesamt für Statistik ist sie nun bei der Gewerkschaft VPOD unter anderem für Lernende im Gesundheitsbereich zuständig. Seit mehr als drei Jahren ist sie stark in der feministischen Streikbewegung auf regionaler und nationaler Ebene aktiv. Sie engagiert sich zudem im Vorstand des Gewerkschaftsbundes Oberaargau (GBO) und Kanton Bern (GKB).

Stephanie Studer-Schwarzenbach ist Pflegefachperson MSc. Sie hat mehrere Jahre in der stationären psychiatrischen Pflege sowie in der Qualitätsentwicklung in den Bereichen Rehabilitation und Psychiatrie gearbeitet. Seit 2018 ist sie an der Berner Fachhochschule im Bachelorstudiengang Pflege als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig und engagiert sich zudem berufspolitisch im Vorstand des Schweizerischen Berufsverbandes für Pflegepersonal (SBK), Sektion Bern.



Das Risiko daheim

Häusliche Gewalt – die Dringlichkeit erkennen

Während das Zuhause für viele ein Ort der Geborgenheit und Sicherheit darstellt, trifft dies auf Betroffene von häuslicher Gewalt gerade nicht zu. Das erhöhte Risiko während der Pandemie, die eingeschränkten sozialen Kontakte und die Distanzregelungen stellten sowohl die Betroffenen wie auch die Frauenhäuser und ambulanten Beratungsdienste vor grosse Herausforderungen. Trotz mangelhafter Datenlage können und müssen aus dieser Krise Lehren gezogen werden – auch für die Zeit danach.

«Stay home, stay safe» oder «Bleiben Sie jetzt zuhause. Retten Sie Leben.» – Mit diesen und anderen Slogans wurde in den vergangenen zwei Jahren auf die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie aufmerksam gemacht. Für von häuslicher Gewalt¹ betroffene Menschen gehen solche Aufrufe jedoch weniger mit einem Sicherheitsgefühl einher, sondern vielmehr mit einer erhöhten Gefahr. Ein Umstand, der sich auch in den Einschätzungen von Fachstellen und Behörden widerspiegelte. So wies etwa die «Task Force Häusliche Gewalt und Corona» von Bund und Kantonen im März 2021 darauf hin, dass es – angesichts der Verstärkung von Risikofaktoren für häusliche Gewalt – weiterhin einer erhöhten Wachsamkeit bedarf.² Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Artikel aus Sicht der Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein (DAO) der Frage nach, ob und wie die Covid-19-Pandemie Veränderungen im Hinblick auf häusliche Gewalt mit sich gebracht hat und welche Entwicklungen wünschenswert wären.

Problematik der Datenlage

Um die Auswirkungen der Pandemie auf häusliche Gewalt zu beleuchten, sind Statistiken aus dem Hellfeld oder Befragungen aus dem Dunkelfeld ein häufig gewählter Zugang.³ Für den internationalen Kontext legen verschiedene Autor*innen dar, dass die eingeführten Massnahmen zur Pandemiebekämpfung – wie Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen – mit einem Anstieg der häuslichen Gewalt einhergingen.⁴

Für die Schweiz liefern die Polizeiliche Kriminalstatistik, die Opferhilfestatistik sowie die Statistik der DAO Daten aus dem Hellfeld. Basierend auf dieser Datengrundlage lässt sich zum heutigen Zeitpunkt kein signifikanter Anstieg von registrierten Fällen feststellen.⁵ Wichtig zu beachten in diesem Kontext: Auch wenn diese Zahlen oftmals zur Beurteilung herangezogen werden, erfassen sie ausschliesslich die der Polizei oder den Beratungsstellen gemeldeten Fälle. Ausserdem ist nicht abschliessend geklärt, wie sich

1 In Anlehnung an die Definition der häuslichen Gewalt des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) bezeichnet häusliche Gewalt im vorliegenden Artikel körperliche, psychische, soziale, wirtschaftliche oder sexualisierte Gewalt innerhalb der Familie, des Haushalts oder der Partner*innen-schaft. Von häuslicher Gewalt ist auch zu sprechen, wenn die Familie oder das Paar bereits getrennt lebt, die Beziehung bereits aufgelöst ist oder wenn Gewalt erst angedroht wird. Da Frauen unverhältnismässig stark von häuslicher Gewalt betroffen sind, ist diese zudem als geschlechtsspezifisches Problem zu verstehen.

2 **Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)** (2021): Häusliche Gewalt während Corona-Pandemie – Wachsamkeit weiterhin nötig. Publiziert am 22.03.2021: [ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/nsb-news_list.msg-id-82772.html](https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/nsb-news_list.msg-id-82772.html) (Abfrage: 13.06.2022).

3 Das Hellfeld ist die Summe aller amtlich registrierter Straftaten. Ein grosser Teil tatsächlich verübter häuslicher Gewalt gelangt nicht zur Anzeige und wird damit amtlich nicht erfasst. Dieser Teil wird als Dunkelfeld bezeichnet. Befragungen aus dem Dunkelfeld versuchen somit ein umfassenderes Bild zu liefern und das Hellfeld zu ergänzen.

4 Siehe zum Beispiel: **Piquero, Alex R. / Jennings, Wesley G. / Jemison, Erin / Kaukinen, Catherine / Knaul, Felicia Marie** (2021): Domestic violence during the COVID-19 pandemic – Evidence from a systematic review and meta-analysis. In: *Criminal Justice Journal*, vol. 74. doi.org/10.1016/j.crimjus.2021.101806 (Abfrage: 09.06.2022).
Sharma, Amalesh / Borah, Sourav Bikash (2020): Covid-19 and Domestic Violence: an Indirect Path to Social

die Pandemie auf das Anzeige- und Meldeverhalten von Gewaltbetroffenen und deren Umfeld auswirkt.⁶ Darüber hinaus weisen die zitierten Statistiken keine periodischen Schwankungen innerhalb eines Jahres aus, wodurch sich beispielsweise die bei vielen Fachstellen ausbleibenden Anfragen während des ersten Lockdowns sowie regionale Unterschiede nicht aus den Statistiken ablesen lassen. Auch die aktuell vorhandenen Untersuchungen aus dem Dunkelfeld, in denen die Schweizer Bevölkerung nach erlebter oder ausgeübter häuslicher Gewalt befragt wurde, lassen kein abschliessendes Fazit zu. Zwar liefern sie erste Hinweise auf das Ausmass von und mögliche Einflussfaktoren auf Gewaltausübung und Opfererfahrungen, kommen aber zum einheitlichen Schluss, dass es weiterer Studien bedarf und, dass auch Dunkelfeldstudien nie das gesamte Feld ausleuchten.⁷ Für die Schweiz gibt es zudem noch keine systematische Aufbereitung des empirischen Wissensstands zur Entwicklung häuslicher Gewalt während der Pandemie.⁸

Erfahrungen der Frauenhäuser

Die präsentierten Limitationen von Untersuchungen und Statistiken aus dem Hell- und Dunkelfeld machen deutlich, dass diese die Auswirkungen der Pandemie auf häusliche Gewalt nur bedingt wiedergeben. Aus diesem Grund soll das Thema nachfolgend ausgehend von den Erfahrungen der Frauenhäuser beleuchtet werden – in der Zeit ab dem ersten Lockdown am 16. März 2020 bis Juni 2022.⁹ Frauenhäuser bieten Frauen und deren Kindern, die von körperlicher, psychischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen sind, vorübergehend Schutz, Unterkunft, Beratung und Begleitung. Als Kriseninterventionsstellen waren sie – wie Gesundheitseinrichtungen auch – durchgehend geöffnet und telefonisch erreichbar. Die erlassenen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie und die notwendigen Hygiene- und Schutzvorkehrungen führten in den Frauenhäusern zu einem erhöhten Ressourcenaufwand in Bezug auf Infrastruktur und Material¹⁰ sowie zu einer vermehrten personellen und finanziellen Belastung. Die Schliessung von Schulen während des ersten Lockdowns und das erlassene Versammlungsverbot von mehr als fünf Personen bedeuteten etwa, dass kein externes Betreuungsangebot mehr zur Verfügung stand, weshalb mehr Personal für die Kinderbetreuung eingesetzt werden musste. Gleichzeitig war die Umsetzung der Homeoffice-Pflicht an das Sicherheitsdispositiv gebunden, was zusätzliche finanzielle Investitionen mit sich brachte. Die entstandenen Mehrkosten sind bislang nicht in allen Kantonen gedeckt. Hinzu kommt, dass die notwendigen Distanzregelungen aufgrund der in den Frauenhäusern vorhandenen Infrastrukturen (häufig Grossraum-WGs) und des eingeschränkten Platzes nur schwer umzusetzen waren. Gleichzeitig stellte das Tragen von Masken, verringerte persönliche Kontakte und das Ausweichen auf telefonische Beratungen eine Herausforderung für die Beziehungsgestaltung und den Vertrauensaufbau dar. Die ständigen Anpassungen der Sicherheitskonzepte an die sich ändernden Umstände

and Economic Crisis. In: *Journal of family violence*, vol. 37. S. 759–765. Publiziert am 28.07.2020: doi.org/10.1007/s10896-020-00188-8 (Abfrage: 09.06.2022).

UN Women (2021): *Measuring the shadow pandemic: Violence against women during COVID-19*. Publiziert am 24.11.2021: data.unwomen.org/sites/default/files/documents/Publications/Measuring-shadow-pandemic.pdf (Abfrage: 09.06.2022) und **Wood, Leila / Baumler, Elizabeth / Schrag, Rachel Voth / Guillot-Wright, Shannon / Hairston, Dixie / Temple, Jeff / Torres, Elizabeth** (2021): «Don't Know where to Go for Help»: Safety and Economic Needs among Violence Survivors during the COVID-19 Pandemic. In: *Journal of family violence*, vol. 37. S. 959–967. Publiziert am 04.01.2021: doi.org/10.1007/s10896-020-00240-7 (Abfrage: 09.06.2022).

5 Die registrierten Straftaten im Bereich häusliche Gewalt lagen im Jahr 2021 mit 19'341 Fällen 4 Prozent unter dem Wert von 2020. Vgl. **Bundesamt für Statistik** (2022): *Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Jahresbericht 2021 der polizeilich registrierten Straftaten*. Neuenburg. Die Opferhilfe-Beratungsstellen registrierten im Jahr 2021 44'633 beratene Personen gegenüber 43'263 Fällen im Jahr 2020. Vgl. **Bundesamt für Statistik** (2022): *Opferhilfe. Beratungen und Leistungen*. bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-straftrecht/opferhilfe/beratungen-leistungen.html (Abfrage: 09.06.2022).

Die 23 Mitglieder der **Dachorganisation der Frauenhäuser** beherbergten im Jahr 2021 1'068 Frauen und 1'021 Kinder, während im Jahr 2020 1'002 Frauen und 1'005 Kinder Zuflucht in einem Frauenhaus fanden. Es ist jedoch zu beachten, dass 2021 die Daten von drei Neumitgliedern in die Statistik der DAO einflossen. DAO (2022): *Jahresbericht 2021*: frauenhaeuser.ch/sites/default/files/2022-07/220620_DAO_Jahresbericht_2021_0.pdf (Abfrage: 09.06.2022).

6 Siehe hierzu etwa **Baier, Dirk / Biberstein, Lorenz / Kliem, Sören** (2022): *Partnerschaftliche Gewalt während der Covid-19-Pandemie in der Schweiz*. In: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, Nr. 16. S. 51–57. link.springer.com/article/10.1007/s11757-021-00698-1 (Abfrage: 09.06.2022) oder

setzten entsprechend eine hohe Flexibilität auf Seiten der Klient*innen und Mitarbeiter*innen der Frauenhäuser voraus.

Die Pandemie verdeutlichte die Wichtigkeit eines funktionierenden Hilfsystems, das eine zeitnahe Unterstützung gewaltbetroffener Personen erlaubt. Verlangsamte Straf- und Zivilverfahren während der Lockdowns oder lange Wartefristen bei Beratungsdiensten (zum Beispiel bei Sozialdiensten oder Therapien) schränkten die Lebensgestaltung der beherbergten Frauen aufgrund fehlender Regelungen ein. Ein weiterer Umstand, der die Dringlichkeit einer flächendeckenden Infrastruktur unterstreicht.

Notwendigkeit pluraler Ansätze

Vor dem Hintergrund der gemachten Aussagen soll abschliessend anhand einiger Punkte dargelegt werden, dass im Umgang *mit* und in der Bekämpfung *von* häuslicher Gewalt verschiedene Ansätze benötigt werden. Zunächst einmal zeigt die eingangs geschilderte Problematik von Untersuchungen und Statistiken aus dem Hell- und Dunkelfeld, dass es spezifischer Studien und Untersuchungen bedarf, um die Auswirkungen der Pandemie zu beleuchten – gerade auch im Hinblick auf die Frage nach der Verstärkung von Risikofaktoren und der Verschärfung struktureller Probleme sowie Ungleichheiten. Da es allerdings in der Schweiz grundsätzlich an nationalen Prävalenzstudien zum Thema häusliche Gewalt fehlt,¹¹ ist diese Forderung losgelöst von der Pandemie zu betrachten. Des Weiteren stellte die Pandemie die Frauenhäuser vor Herausforderungen in Bezug auf Personal, Infrastruktur und Finanzierung. Auch diese Problematik trifft in verschiedenen Kantonen für Frauenhäuser (und ambulante Beratungsstellen) unabhängig der Pandemie zu.

Lehren aus der Pandemie

Es ist zu hoffen, dass der Staat die entsprechenden Lehren aus der Pandemie zieht und die Systemrelevanz von Frauenhäusern und ambulanten Beratungsstellen anerkennt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre hierbei die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zur Finanzierung der Frauenhäuser und zur Ausgestaltung von Anschlusslösungen in allen Kantonen.¹²

Es ist zu wünschen, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt angesichts der erhöhten medialen Aufmerksamkeit und der spürbaren Solidarität vonseiten der Bevölkerung während der Pandemie – zum Beispiel in Form von Spenden an die Frauenhäuser – endlich in ihrem ganzen Ausmass als gesamtgesellschaftliche Problematik erkannt werden, und dass in der Konsequenz für deren Bekämpfung angemessene finanzielle Mit-

Halford, Eric / Dixon, Anthony / Farrell, Graham / Malleson, Nicolas / Tilley, Nick (2020): Crime and coronavirus: social distancing, lockdown, and the mobility elasticity of crime. In: *Crime science*, Nr. 9, article number 11. doi.org/10.1186/s40163-020-00121-w (Abfrage: 09.06.2022) und **Krüger, Paula / Caviezel Schmitz, Seraina** (2020): Leben zu Corona-Zeiten. Erste ausgewählte Ergebnisse zu innerfamiliären Konflikten und Gewalt während der COVID-19-Pandemie in der Schweiz (Kurzbericht). Luzern: Hochschule Luzern.

- 7 Siehe hierzu etwa **Baier, Dirk** (2020): Kriminalität während des Corona-Lockdowns. Empirische Befunde auf Basis einer Dunkelfeldbefragung im Kanton Zürich. In: *Kriminologie – Das Online-Journal*, Nr. 3. Publiziert am 06.07.2020: digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/20575/3/2020_Baier_Kriminalität-während-Corona-Lockdown_KrimOJ.pdf (Abfrage: 09.06.2022). **Baier, Dirk / Biberstein, Lorenz / Kliem, Sören** (2022): Partnerschaftliche Gewalt während der Covid-19-Pandemie in der Schweiz. In: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, Nr. 16. S. 51–57. Publiziert am 10.01.2022: link.springer.com/article/10.1007/s11757-021-00698-1 (Abfrage: 09.06.2022) oder **Krüger, Paula / Caviezel Schmitz, Seraina** (2020): Leben zu Corona-Zeiten. Erste ausgewählte Ergebnisse zu innerfamiliären Konflikten und Gewalt während der COVID-19-Pandemie in der Schweiz (Kurzbericht). Luzern.

- 8 Diese Lücke soll durch das Forschungsprojekt «Systematische Analyse zur häuslichen Gewalt während der Covid19-Pandemie in der Schweiz» der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften geschlossen werden.

- 9 Wenn nicht anders gekennzeichnet, bezieht sich der nachfolgende Inhalt auf Rückmeldungen der Frauenhäuser, die während der letzten zwei Jahre im Rahmen der Berichterstattung der DAO an die eingangs erwähnte Task Force gesammelt wurden.

- 10 So mussten entsprechende Hygiene- und Schutzmassnahmen – wie das regelmässige Desinfizieren von Oberflächen und die Installation von Plexiglasscheiben als

tel für Prävention, Intervention und Postvention gesprochen werden. Dazu gehört auch, dass die Istanbul-Konvention diskriminierungsfrei und intersektional umgesetzt wird. Denn Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt können, genauso wie die Covid-19-Pandemie, tödlich enden.

Spuckschutz – getroffen, Zimmer kurzfristig zu Quarantänezimmern umfunktioniert oder weitere Räumlichkeiten angemietet werden, um Schutzsuchenden weiterhin die notwendige Unterstützung anbieten zu können.

11 Siehe hierzu etwa das Kapitel «Bevölkerungsstudien» im Staatenbericht der Schweiz zur Istanbul-Konvention. In: **Bundesrat** (2021): Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Erster Staatenbericht der Schweiz. Bern.
Oder das Kapitel «Art. 11 Datensammlung und Forschung» im Alternativbericht der Zivilgesellschaft. In: **Netzwerk Istanbul Konvention** (2021): Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Schweiz. Alternativbericht der Zivilgesellschaft. Bern.

12 SODK (2021): Empfehlungen der SODK zur Finanzierung von Frauenhäusern und zur Ausgestaltung von Anschlusslösungen, 27. Mai 2021. Bern.

Autorin

Lena John ist Generalsekretärin der Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein (DAO). Nach über achtjähriger Tätigkeit in verschiedenen Funktionen in zwei Frauenhäusern plant, koordiniert und setzt sie seit 2020 gemeinsam mit dem Vorstand der DAO die Tätigkeiten des Vereins um.

Mehr für Care! – Wirtschaften fürs Leben

Breites Bündnis fordert feministisches Konjunkturpaket

Das österreichische Bündnis «Mehr für Care!» nimmt die während der Coronakrise sichtbar gewordenen Defizite als Ausgangspunkt um die Bewegung zu stärken, die das gute Leben aller Menschen ins Zentrum des Wirtschaftens stellt. Und sie präsentiert mit einem feministischen Konjunkturpaket ganz konkrete Forderungen: mehr Zeit und mehr Geld für Care-Arbeit, mehr Wertschätzung und vor allem mehr staatliche Investitionen in die unterschiedlichen Care-Sektoren. Diese Forderungen gewinnen aktuell angesichts der Teuerung und der sich zuspitzenden Care-Krise an Dringlichkeit. Die Autorinnen sind Mitinitiantinnen des feministischen Konjunkturpaketes und der Initiative «Mehr für Care!».

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas für die existentiellen Herausforderungen, mit denen wir seit vielen Jahren konfrontiert sind. Sie spitzt zu und deckt auf. Sie zeigt das, was vorher schon da war, aber durch die Herausforderungen der Pandemie verstärkt wurde. Alles, was das Leben am Leben hält, sei es die unbezahlte Sorgearbeit, der Pflegebereich, das Gesundheitswesen oder der Bildungssektor, haben sich als das erwiesen, was sie immer schon waren und sind: die Grundlagen damit ein gutes Leben für alle möglich wird. Menschen können nur leben, wenn sie Zuwendung, Zuneigung, Fürsorge und Vorsorge erfahren. Die vielen Frauen – und Männer –, die unsere Kinder begleiten und bilden, die uns pflegen, die uns begleiten und unterstützen, wenn wir schwach, krank oder alt sind, die da sind, wenn wir sie brauchen – sie sind es, die das Wertvollste für unsere Gesellschaft erwirtschaften. Ihre Arbeit – bezahlt und unbezahlt – ist das Herzstück einer blühenden Wirtschaft und Gesellschaft.

Femme Fiscale

Die in Österreich schon seit vielen Jahren bestehende zivilgesellschaftliche Initiative Femme Fiscale¹, die sich vor allem für eine geschlechtergerechte Budget- und Wirtschaftspolitik einsetzt, wurde durch die einseitigen Massnahmen der österreichischen Bundesregierung zur Eindämmung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-Krise in ihrer Kritik bestätigt. Denn das Augenmerk der Regierung wurde vor allem auf die For-Profit-Wirtschaft gelegt. Der Slogan «Koste es was es wolle» galt vorwiegend für den Produktionsbereich, Handel, Tourismus und die Gross-Gastronomie. Die Wirtschaftsbereiche, die als systemrelevant gelten und in der Krise eher an Überlastung als an Arbeitsmangel litten – allen voran der Care-Bereich – wurden aussen vor gelassen. Femme Fiscale hat im Sommer

¹ **Femme Fiscale** ist eine Vernetzung von österreichischen Gruppen und Netzwerken (u.a. Attac, Plattform 20'000 Frauen, Österreichischer Frauenring, One Billion Rising Austria, WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven, Katholische Frauenbewegung Österreich).

2020 mit ihrem Vorschlag eines feministischen Konjunkturpakets gezeigt, dass es anders besser gehen würde. Besser, um die Herausforderungen zu bewältigen, besser für die Bedürfnisse der Menschen, aber auch besser für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Schwerpunkt dieses feministischen Konjunkturpakets liegt auf den vernachlässigten, aber lebensnotwendigen Wirtschaftsbereichen und insbesondere auf der Care-Ökonomie.

Feministisches Konjunkturpaket als wirkungsvollere Wirtschaftspolitik

Das Konjunkturpaket setzt sich zusammen aus einem Zukunfts- und Bildungspaket, einem Pflegepaket und einem Solidaritäts- und Lebensrettungspaket.² Und es beinhaltet konkrete Vorschläge, die u.a. folgendes umfassen: mehr Investitionen in Kindergärten und Schulen, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld für Pflege- und Gesundheitspersonal, Ausbau des Kasernenärztesystems, Gewaltschutz, Ausbau psychosozialer Beratung, Erhöhung des Arbeitslosengeldes, direkte Zahlungen für alle Kinder (sprich: ein Kinderbonus statt des von der Regierung erhöhten Familienbonus, von dem aufgrund des Steuernachlasses vor allem Besserverdienende profitieren) und anderes mehr. Ein Investitionspaket von 12 Milliarden Euro würde im Care-Bereich mindestens 180'000 Jobs schaffen.³ Darüber hinaus gingen mit einer solchen Investition eine Wertschöpfung und Rückflüsse an staatlichen Einnahmen (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) einher, welche die volkswirtschaftlichen Effekte der staatlichen Covid-Konjunkturmassnahmen bei weitem übertreffen würden.

Das Konjunkturpaket ist im wahrsten Sinn feministisch, weil es nicht nur ein gutes Leben von Frauen in den Blick nimmt, sondern für alle Menschen bessere Lebensbedingungen schafft und die Grundversorgung mit lebenswichtigen Leistungen stärkt.

Die Macht der Vielen mobilisieren

Es war sehr bald klar, dass es eine öffentliche Verbreitung und grosse Unterstützung braucht, um das Konjunkturpaket in den politischen Diskurs zu bringen und umzusetzen. Das breite Bündnis «Mehr für Care! – Wirtschaften fürs Leben», eine Initiative von Organisationen, Netzwerken und engagierten Einzelpersonen will genau das erreichen. Ausgangspunkt dafür ist die jahrelange Erfahrung von Feministinnen, dass es nicht reicht, die besseren Konzepte zu haben: Darüber hinaus sind eine deutlich hörbare Unterstützung und ein breites gesellschaftliches Engagement notwendig. Denn es ist leider so, dass die Bedürfnisse der grossen Mehrheit der Menschen von der Politik nicht annähernd so wichtig genommen werden, wie jene von einigen Multimillionär*innen und von Grossunternehmen. Deshalb braucht es eine Mobilisierung und Or-

2 Vgl. **Mehr für Care!**: Das feministische Konjunkturpaket. Frauen sind die Verliererinnen der Coronakrise. Publiziert ohne Datum: mehr-fuer-care.at/mehr-fuer-care-paket/ (Abfrage: 23.08.2022).

3 Investitionen von 2 Mrd. Euro in Kindergärten schaffen 30–45'000 Jobs. Siehe **Bundesarbeitskammer Österreich** (2013): Positionspapier: Investiver Sozialstaat. Wachstum, Beschäftigung und finanzielle Nachhaltigkeit. Volkswirtschaftliche und fiskalische Effekte des Ausbaus der Kinderbetreuung in Österreich. S. 11. Publiziert im Mai 2013: arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Studie_Investiver_Sozialstaat.pdf (Abfrage: 04.09.2022). Investitionen in Gesundheit und Pflege schaffen rund 135'000 Arbeitsplätze. Vgl. **Famira-Mühlberger, Ulrike / Firgo, Matthias / Fritz, Oliver / Streicher, Gerhard** (2017): Österreich 2025 – Pflegevorsorge – Künftiger Finanzierungsaufwand und regionalwirtschaftliche Verflechtungen. Publiziert am 08.06.2017: wifo.ac.at/publikationen/publikationssuche?detailview=yes&publikation_id=60469 (Abfrage: 4.9.2022) und eigene Berechnungen.

ganisierung quer durch Österreich. Das Problem besteht allerdings in hohem Masse darin, dass all jene Menschen, die unter der Care-Krise am meisten leiden – Menschen im Pflege-, Bildungs- und Gesundheitsbereich und all jene, die unentgeltlich Sorge-Arbeit leisten –, so stark belastet und ausgepowert sind, dass sie wenig Ressourcen für politisches Engagement haben.

«Mehr für Care!» will eine Mobilisierungs- und Politisierungsplattform sein, die Menschen – und allen voran Frauen – aus den verschiedensten Care-Bereichen vernetzt, damit sie gemeinsame Anliegen erkennen, lustvoll ihre Rechte einfordern und zusammen an einer solidarischen Zukunft bauen. Denn die Erfahrung der Stärke, gemeinsam etwas bewegen zu können, gibt Kraft und setzt Ressourcen frei. Und solche Erfahrungen sind dringend nötig. Denn es ist traurige Realität, dass Menschen, die im Care-Bereich tätig sind, von den Mächtigen – und von gesellschaftlicher Abwertung ihrer Tätigkeiten – klein gehalten und unsichtbar gemacht werden. Deshalb müssen sie sich ihrer Macht, d.h. ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft selbst erst bewusst werden. «Mehr für Care!» möchte dazu beitragen, dass gesellschaftlicher Druck und eine Dynamik entstehen, um gemeinsam das einzufordern und umzusetzen, was einem guten Leben für alle förderlich ist.

Care – das Herzstück des Wirtschaftens

Care-Arbeit muss als das verstanden werden, was sie gesamtgesellschaftlich ist. Nämlich jener Teil der Wirtschaft, der Voraussetzung dafür ist, dass alle anderen Bereiche überhaupt erst funktionieren können. Die Logik der neoliberalen Gewinnmaximierung kennt für diesen Bereich keine Gültigkeit. Die Versuche, diesen Bereich nach dieser Logik zu ökonomisieren, führt zu Zeitdruck, zu einer Verschlechterung der Care-Leistungen und der Arbeitsbedingungen – mit zerstörerischer Wirkung. Dennoch wird das Prinzip der Kostenminimierung durch Rationalisierung auch auf die Arbeit *mit* und *für* Menschen angewandt. Der Faktor Zeit hat im Care-Bereich aber eine ganz andere Funktion. Je mehr Zeit für Betreuung, Pflege oder Bildung vorhanden ist, umso effizienter und effektiver ist diese Arbeit: weil die Qualität dieser Arbeit mit der zur Verfügung stehenden Zeit steht und fällt. Dessen ungeachtet, wurde den im Care-Bereich tätigen Menschen so lange eingeredet, dass sie ein Kostenfaktor für die Gesellschaft sind, bis sie begannen, es selbst zu glauben. Aber nein! Care-Arbeit ist die wichtigste Wertschöpfung unserer Gesellschaft. Und deshalb braucht sie mehr Zeit und mehr Geld. Das müssen zuerst jene Menschen verinnerlichen, die diese Tätigkeiten verrichten, damit sie ihre Forderungen an die Politik selbstbewusst stellen können. «Mehr für Care!» will dazu Hilfestellung leisten, indem Vernetzungsmöglichkeiten eröffnet werden – österreichweit, regional, in Gruppen, durch Kampagnen und Aktionen. Der Streik der Kindergärtner*innen und die Demonstrationen der Pflegenden ist bereits Ergebnis dieses neuen Selbstbewusstseins, das im Care-Bereich wächst.

Mit Demokratie durchfluten

4 Mehr Informationen: mehr-fuer-care.at

Der Staat war als wesentlicher Akteur zur Bewältigung der Krise gefragt und das Versagen seiner Politik wurde vor allem im Care-Bereich deutlich sichtbar. Es ist deshalb besonders wichtig, darauf zu drängen, alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten. Die zukünftige Gestaltung der Care-Bereiche muss auf der Erfahrung und dem Wissen der Care-Arbeiter*innen und jener, die Care brauchen, aufbauen. Und dieses Wissen muss als Ressource bei allen Entscheidungsprozessen einbezogen werden.

Darüber hinaus braucht es eine Vernetzung mit Wissenschaftler*innen, Gewerkschaften, Künstler*innen und Journalist*innen, damit ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber entstehen kann, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen. Denn es geht um die grundlegenden Fragen des Überlebens: Wollen wir weiter mit einer Wirtschaft der Konkurrenz leben, die unsere Lebensgrundlagen zerstört? Oder entscheiden wir uns für ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur und den Bedürfnissen der Menschen? Wollen wir Regierungen, die die Interessen der Reichen und Konzerne bedienen, deren Steuern senken und für Care zu wenig ausgeben? Oder wollen wir demokratische Entscheidungen für eine Politik, die ein gutes Leben für alle ermöglicht?

Es ist höchste Zeit für Veränderung. «Mehr für Care!» versteht sich als Teil dieser Veränderung. Um gemeinsam Wege in eine solidarische und emanzipatorische Zukunft zu gehen, in eine Zukunft, in der alle im Einklang mit den Grenzen und Kreisläufen der Natur und den Grundbedürfnissen der Menschen gut leben können.⁴

Autorinnen

Traude Novy ist Vorsitzende von Joan Robinson – Verein zur frauengerechten Verteilung ökonomischen Wissens und engagiert in diversen entwicklungspolitischen Netzwerken und bei Mehr für Care!

Elisabeth Klatzer ist feministische politische Ökonomin, freie Forscherin-Aktivistin und in Bewegung um dem Ziel eines guten Lebens für alle näherzukommen. Sie ist engagiert bei Attac Österreich, Mitinitiatorin der Femme Fiscale, des europäischen Gender Budgeting Network und von Mehr für Care! Wirtschaften fürs Leben.



Impressum

Herausgegeben von **Economiefeministe,**
Plattform für feministische Ökonomie
Bern, September 2022

Autorinnen

Lena Böllinger, Loreen Errass, Jana Freundt,
Anina Häfliger, Lena John, Elisabeth Klatzer,
Traude Novy, Anja Peter, Meret Schindler,
Lirija Sejdi, Stephanie Studer-Schwarzenbach

Die Verantwortung für die Inhalte der Beiträge und
das Copyright liegt bei den Autorinnen der Beiträge.

Projektgruppe

Anja Peter, Jana Freundt und Ursula Scheidegger

Grafik

Boulot – Bureau für Kommunikation

Lektorat

Mirjam Aggeler und Nastasia Louveau

Kontakt

Economiefeministe, Plattform für feministische Ökonomie
Postfach 3148, 3001 Bern, plattform@economiefeministe.ch